

## THEMEN DES MONATS

CHINA UND SÜDOSTASIEN NACH DEM WAFFENSTILLSTAND  
IN VIETNAM

## Folge 6: Singapur

Der Waffenstillstand in Vietnam gibt Anlaß zu einer systematischen Überprüfung des Verhältnisses der VR China zu den einzelnen Ländern Südostasiens.

In den Heften für Februar, März, April, Mai und Juni wurden nacheinander Birma, Laos, Kambodscha, Thailand und Malaysia betrachtet. In der vorliegenden Nummer steht das Verhältnis China-Singapur zur Debatte.

In den nächsten Ausgaben folgen Indonesien und die Philippinen.

## ZWERGNATION ODER "DRITTES CHINA"

(China und Singapur)

## A. Innenpolitische Ausgangslage

## I. Der innenpolitische Befund

Der nur 584 qkm große Stadtstaat Singapur unterscheidet sich von seinen südostasiatischen Nachbarstaaten nicht nur durch winzige Ausmaße und eine an strategischer Brisanz wohl kaum zu übertreffende Lage, sondern auch dadurch, daß bei ihm die drei großen 'Krisen' der Partizipation, der Verteilung und der Integration(1), die jeder Entwicklungsgesellschaft zu schaffen machen, ganz anders ausfallen als bei seinen Anrainerstaaten. Ein konfliktstheoretischer Ansatz, wie er hier verfolgt wird, hat sich besonders mit diesen drei Komplexen auseinanderzusetzen.

## a. Partizipationskrise ?

Dem Verfassungskatalog nach sind die Bürger Singapurs mit all jenen Wahl- und Freiheitsrechten versehen, die sich auch in anderen, westlichen Verfassungen wiederfinden. In der Praxis treten hier freilich manchmal Ungereimtheiten auf.

Da ist einmal die Tendenz, die Atmosphäre soweit wie möglich zu "entpolitisieren" und zu diesem Zweck politischen Gegnern das Handwerk zu legen. U.a. ist es der alle politischen Schlüsselstellungen beherrschenden People's Action Party (PAP) in den vergangenen Jahren gelungen, führende Barisan-Sozialisten (also ihre einzigen effektiven Opponenten) gezielt einzukerkern, links unterwanderte Gewerkschaften aus den Registern zu löschen und im Jahre 1971 sogar drei Zeitungen teilweise zu knebeln oder ganz lahmzulegen (Näheres dazu unten B/II). Durch ihre hochgradige Effektivität einerseits, aber auch durch geschickte Reglementierung andererseits hat es die PAP ferner verstanden, seit Jahren alle politischen Spitzenpositionen zu monopolisieren und damit politische Alternativen für den Wähler so gut wie auszuschalten. Bei den bisherigen Parlamentswahlen (2) konnte die PAP folgende Anteile gewinnen:

1955 - 12 %, 1959 - 84,3 %, 1963 - 72,5 %, 1968 - 100 %, 1972: 100 %.

Man könnte hier freilich argumentieren, daß eine formelle Opposition nicht nötig ist, da ja die herrschende PAP sich ohnehin aus den diversesten Elementen zusammensetzt und den Kampf zwischen den verschiedenen Alternativen bereits in ihren eigenen Reihen austrägt. Das beste Beispiel dafür sei der jahrelange Kampf des Lee Kuan Yew-Flügels gegen die Barisan-Sozialisten, die sich schließlich von der Mutterpartei abgespalten. Auch habe die PAP das Wunder vollbracht, krassen Kapitalismus mit dem Öl des sozialistischen Wohlfahrtsstaates zu salben. Offensichtlich war es jedoch auch der PAP selbst bewußt geworden, daß im Stadtstaat zuviel reglementiert wurde und daß deshalb eine neue - unten noch näher zu erörternde - Strategie der Massenpartizipation erforderlich war.

Von außenstehenden Beobachtern wird häufig auch die "Law and Order"-Philosophie des Regimes kritisch vermerkt, dessen Beamtschaft sich übrigens zwischen 1959 und 1966 von 27 000 auf 50 000 erhöht, also beinahe verdoppelt hat. Die Regierung hat es mit Hilfe ihres effektiven Apparats verstanden, die heutzutage geradezu sprichwörtliche Sauberkeit der Stadt zu erkämpfen. Für einen in der Öffentlichkeit achtlos weggeworfenen Papierfetzen wird von den Behörden beispielsweise ein Strafmandat in Höhe von DM 50,- bis 150,- verhängt. Moskitolarven, die von emsigen Inspektoren auf privaten Grundstücken entdeckt werden, bringen den Besitzer unweigerlich vor Gericht. Andererseits werden für besonders gepflegte und mückenfreie Gärten großzügige Prämien gewährt.

Weit davon entfernt, eine permissive Gesellschaft zu gestatten, läßt das streng paternalistische Regime nichts unversucht, "schädliche Einflüsse" der westlichen Zivilisation auszumerzen. Im Juli 1972 ergingen z.B. ein spezieller Erlaß gegen lange Haare sowie verschärfte Einwanderungsbestimmungen gegen "Hippies"



(3). Westliche Subkulturen vertragen sich eben nicht mit dem leistungsbetonten Selbstverständnis der forschenden jungen Nation Singapur! Verboten sind in Singapur auch Mao-Bilder und -Schriften, wie sie z.B. in Hong Kong überall ausliegen. Wer mit der Fürsorge des Staates nicht zufrieden ist, sondern kommunistische Maßnahmen propagiert, wandert kurzerhand ins Gefängnis. Ausländische Kritiker, wie die "Amnesty International"-Delegierte Estrella Carreras, werden ohne viel Federlesens des Landes verwiesen.

Auch sonst zeigt die PAP Züge eines strengen fürsorglichen Patriarchalismus: Sie kontrolliert die Preise für Lebensmittel und Konsumgüter, schreit gegen Nichtsteuer ein (Verbot der Bettelei) und wacht auch über das Lohngefüge, da sie die Zügel der Gewerkschaften fest in der Hand hält. Zumindest für westlichen Geschmack wird in Singapur heute zuviel "von oben herab" reglementiert und verordnet.

Die Bürger Singapurs scheinen in diesem Punkt allerdings anders zu denken. Als sich nämlich anlässlich der Parlamentswahlen von 1972 ein Mehr-Parteien-Block gegen die PAP bildete und auf die "Kosten" der Regierung Lee Kuan Yew aufmerksam machen wollte (man sprach von Abschaffung der Grundrechte, Polizeistaat-Tendenzen, Garnisonsatmosphäre der Stadt, Benachteiligung von Chinesen und Malaien zugunsten englisch-sprechender PAP-Mitglieder), fanden sie offensichtlich nur geringes Echo. Andernfalls hätte die PAP nicht alle 65 Sitze des Parlaments gewinnen können.

Die PAP hat über die zwar nicht aktuelle, wohl aber angesichts der zunehmenden Bürokratisierung - potentielle Partizipationskrise bereits nachgedacht und sich einiges zum Thema "Massenline" einfallen lassen. Als Transmissionsinstrumente einer stärkeren Mitbeteiligung der Bevölkerung wurden vor allem zwei Institutionen geschaffen, nämlich die Community Centres sowie die Citizens Consultative Committees.

- 1959 erbt die PAP von früheren Regierungen etwa 20 Community Centres. Heute gibt es etwa 190 dieser Sozialisierungsagenturen, die in die einzelnen Communities eingeführt werden und dort für den Aufbau einer polyethnischen Gesellschaft werben sollen. Die Zentren bieten Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und kümmern sich darüber hinaus um Fragen der Berufsausbildung sowie um kulturelle und erzieherische Veranstaltungen. Ganz nebenbei soll in diesen Zentren - sozusagen in vorderster Front - die Opposition bekämpft werden. Der PAP war es ja nicht entgangen, daß die Barisan-Sozialisten mit ihrem organisatorischen Instinkt gerade von den Gemeindezentren lange Zeit geschickt hatten Gebrauch machen können.

Der Besuch der Zentren ist freiwillig. So kommt es zu recht unterschiedlichen Besuchsergebnissen. In der Central Area, in der etwa 90 % Chinesen leben, haben nach einer Umfrage 59 % der Einwohner niemals ein Community Centre besucht. In den Malay Settlements dagegen gaben nur 25 % der Einwohner an, daß sie niemals ein Community Centre besucht hätten (4). Immerhin kommen also etwa 50 % der Einwohner Singapurs mit den Community Centres in Berührung, wobei die Malaien einen größeren Besucheranteil stellen als

die Chinesen!

- Seit 1963, als die PAP ihren zweiten großen Wahlsieg errungen hatte, wurden auch sog. "Citizens Consultative Committees" (fortan CCC) in jedem der 51 Wahlbezirke Singapurs angekündigt. Die ersten dieser Komitees, die formell als "Wahlkreiskomitees" (Constituency Committees) bezeichnet werden, entstanden 1965. Innerhalb jedes Wahlkreises wiederum fungieren Kampong- (Dorf-) oder Straßenkomitees mit durchschnittlich 11-15 Mitgliedern. Je nach Größe des Wahlkreises umfassen die CCCs 25 bis 50 Mitglieder. Ihr Zweck ist ein doppelter: Bei jedem Treffen (mindestens einmal im Monat!) ist ein Vertreter der Regierung gegenwärtig, der die gerade aktuelle Politik zu erläutern und sich allen Fragen zu stellen hat. Offizielle Politik wird in den CCCs also so stark wie möglich personalisiert. Gleichzeitig haben die CCCs aber auch Bitten und Beschwerden der Bevölkerung entgegenzunehmen und damit als Petitionsinstanzen zu dienen, die - zumindest theoretisch - eine Herrschaft von unten nach oben ermöglichen (5).

- Neben den CCCs und den Community Centres hat die Regierung von Singapur noch für eine weitere Anzahl von - mindestens informellen - Sozialisierungsinstanzen gesorgt, nämlich für Massenorganisationen wie die "Vigilant Force", die "Peoples Defence Force", die "Works Brigade" sowie die "Singapore Armed Forces", die im Rahmen ihrer jeweils "besonderen Gewaltverhältnisse" politische Impulse nach dem Schneeballsystem weitervermitteln können.

Die Zukunft wird entscheiden müssen, ob sich in Singapur Autoritätsdenken und Bürokratisierung oder aber demokratische Partizipationsmethoden durchsetzen. Die Antwort hängt nicht zuletzt vom wirtschaftlichen Klima des Stadtstaates ab.

#### b. Distributionskrise ?

Seit 1968 hat Singapur sein ökonomisches Wirtschaftswunder, das sich aus den drei Quellen Industrie, Handel und Tourismus speist. Das Bruttosozialprodukt des Stadtstaates wuchs 1966 um 10,6 %, 1967 um 7,5 % (Kürzung der britischen Militärausgaben für Singapur!), 1968 um 17,7 %, 1969 um 13,5 % 1970 um 18 % und 1971 um 14 %.

Da andererseits auch das Bevölkerungswachstum seit 1970 auf 1,5 % reduziert werden konnte, war die Regierung in der Lage, ein großzügiges Sozialprogramm aufzuziehen oder frühere Ansätze in dieser Richtung weiterzuverfolgen.

Etwa 40 % des Staatshaushaltes wurden beispielsweise zwischen 1966 und 1969 für Soziales und nur 13 % für Verteidigung ausgegeben (1969 allerdings verdoppelten sich infolge des aktuell werdenden britischen Rückzugs aus East of Suez die Verteidigungslasten).

Dieser starke Sozialanteil wirkt sich günstig auf Wohnungsbau, Erziehung und Gesundheitswesen aus:

- Erfolge im "sozialen Wohnungsbau" führten dazu, daß die schlimmsten Slum-Gebiete in der Zwischenzeit verschwunden sind und gleichzeitig Satellitenstädte für mehr als 700 000 Menschen entstehen konnten. Stadtplanung und Neubauten vollziehen sich in Zusammenarbeit zwischen Regierung und Privatwirtschaft. Die Regierung stellt hierbei das Land zur Verfügung, das nach öffentlicher Ausschreibung verkauft wird.

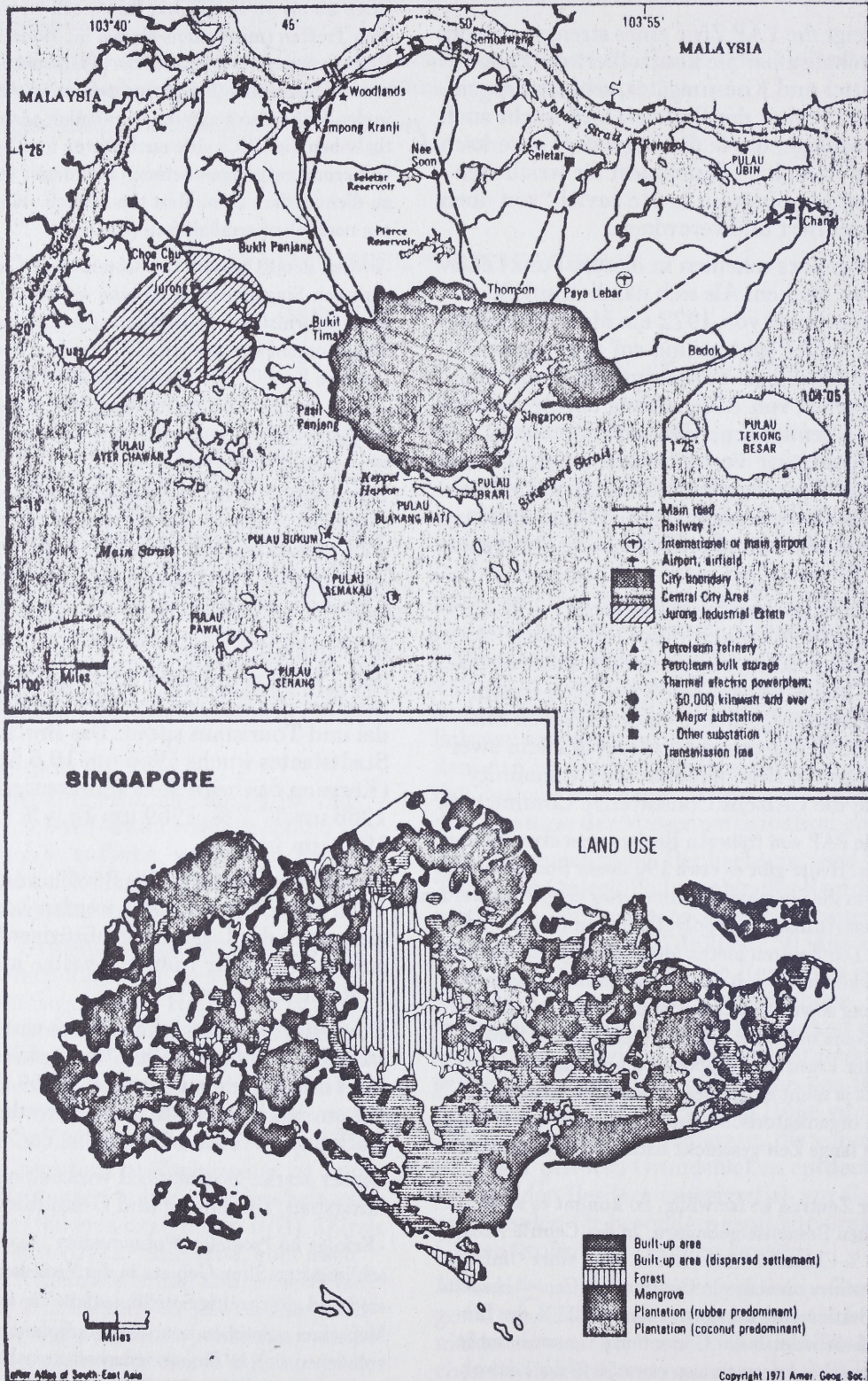


**Karte I**

a) Grenze, Außenbezirke und Weichbild

b) Bodennutzung

(Quelle s. Anm. 6)





Den Zuschlag erhält grundsätzlich derjenige Bewerber, der das dem Gemeinwohl nützlichste Projekt vorweisen kann. Einigen Bauten werden als Auflage staatliche Modelle beigegeben, für deren konkrete Verwirklichung der Bauherr freilich seinen eigenen Architekten engagieren kann. Der Bodenspekulation wurde insofern vorgebeugt, als der Erwerber den Boden nicht weiterverkaufen darf, sondern nach einer bestimmten Zeit mit den Bauarbeiten beginnen muß. Während der Zeit des Ersten Entwicklungsplans (1961-1964) wurden bereits 51 000 Sozialwohnungen erstellt. Während des Zweiten Fünfjahresplans (1966-1970) entstanden weitere 60 000 Einheiten. Nicht weniger als 25 % der Inselbevölkerung konnten nun bereits in Wohnungen untergebracht werden, die von der Regierung beschafft worden waren (6). Im Dritten Fünfjahresplan (1970-1975) ist ein Neubau von 100 000 Einheiten vorgesehen, bei denen nicht nur auf quantitativen Zuwachs, sondern vor allem auf Lebensqualität sowie auf Vermehrung des Wohnungseigentums geachtet werden soll (7).

- Auch der Gesundheitsdienst erfuhr eine wesentliche Verbesserung. Dies zeigt sich etwa am Beispiel der Säuglingssterblichkeit. 1966 starben in Singapur 31,2 von 1 000 Neugeborenen, in Westmalaysia 59 (1962), in Indien 72,8 (1964) und in den USA 30,2 (1966). (8)

- Ähnlich günstig stehen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Erziehung. Seit Mitte der sechziger Jahre ist der Volksschulbesuch gebührenfrei. 1966 gingen 26 % der Bevölkerung zur Volksschule und weitere 26 % zur "höheren Schule" (9). Auch die Ausbildungsprogramme für Facharbeiter, Techniker und Manager wurden in den letzten Jahren bedeutend verbessert. Zwei Drittel des Erziehungsbudgets für 1971 kamen beispielsweise technischen Ausbildungsanstalten zugute.

Besonderes Augenmerk gilt dem malaiischen Bevölkerungsanteil, der durch Stipendien und andere Erziehungshilfen in seinem Integrationswillen gefördert werden soll. 1967 errichtete die Regierung von Singapur u.a. ein aus älteren malaiischen Beamten zusammengesetztes Sonderkomitee, dem es obliegt, Vorschläge für die Förderung des malaiischen Bevölkerungsteils auszuarbeiten. Nur durch bessere Erziehung kann ja der soziale Rückstand der Malaien aufgeholt werden.

Weniger gut bestellt als um Kollektiv- und Infrastrukturleistungen ist es allerdings um die Individuallöhne der Arbeiter und Angestellten. Sie können auch nicht durch gewerkschaftliche Aktionen verbessert werden, da die Regierung es nach weitgehender Ausschaltung der Barisan-Sozialisten verstanden hat, die Trade Unions in den Griff zu bekommen. (Ein ungelernter Arbeiter erhält 2,50 bis 3,00 Singapur-Dollar am Tag, ein angelernter 4,00 bis 5,00 und ein Facharbeiter 7,00 bis 15,00 Singapur-Dollar). Lohnrichtlinien dieser Art wurden übrigens von einer speziellen Behörde, dem "National Wages Council", festgesetzt, der die Lohnentwicklung unter Kontrolle hat. Zu übersehen ist bei alledem nicht, daß Singapur vorerst nur über ein unzureichendes Potential von qualitativen Arbeitskräften verfügt und deshalb die niedrigen Löhne mit wirtschaftlichen Argumenten zu rechtfertigen vermag!

Von einer "Verteilungskrise", wie sie sich beispielsweise im Verhältnis zwischen der Bevölkerung (oder

gar der Elite) Bangkoks und der nordostthailändischen Gebiete zeigt, kann trotz gewisser Unzulänglichkeiten in den Lohnverhältnissen allerdings nicht die Rede sein.

### c. Integrationskrise ?

Das wohl schwierigste Problem des jungen Stadtstaates besteht darin eine - polyethnische, mehrsprachige und multireligiöse - Nation Singapur zu schaffen. Diese Aufgabe scheint einer Quadratur des Kreises gleichzukommen; denn nichts ist für Singapur kennzeichnender als die Verschiedenheit seiner Sprachen, Rassen, Religionen und Kulturen.

Was es zu den Merkmalen der "Chinesen, Inder und Malaien" zu sagen gibt, wurde bereits in der Malaysia-Analyse ausführlich dargelegt (vgl. dazu C.a. Juni 1973 S.271 ff.).

An dieser Stelle soll anhand quantitativer Angaben lediglich die Dimension der polyethnischen Verschiedenheiten angedeutet werden.

Die 2,2 Millionen Einwohner umfassende und seit 1970 um 1,5 % jährlich anwachsende Bevölkerung besteht nach einer Zählung von 1970 zu 76,2 % aus Chinesen, zu 15 % aus Malaien und zu 7 % aus Indern und Pakistanis. Innerhalb der einzelnen Communities bestehen abermals völkische Differenzierungen. So lassen sich beispielsweise fünf Hauptgruppen mit Chinesen verschiedener Herkunft ermitteln, nämlich Fukienesen (Hokkien), Leute aus Teochiu und aus Canton, Hakkas und Hainanesen. Auch die Inder und Pakistanis unterscheiden sich nach Religion, Sprache und Herkunft.

Ein weiteres trennendes Moment ergibt sich aus der Klasseneinteilung. Die Chinesen stellen 60 % der Ober-, 68 % der Mittel- und 74 % der Unterklasse (Malaien: 3,1 bzw. 9,6 bzw. 12,5 %; Inder: 12,4 bzw. 14,0 bzw. 13,0 %) (10).

Verschieden wie die Community-Lebensgewohnheiten im allgemeinen sind auch die Siedlungsgewohnheiten, die dazu führen, daß vor allem die Malaien in ihren traditionellen Rumah kampong ("Dorfhäusern") am Rande Singapurs wie in Ghettos leben. Spannungen bestehen ferner zwischen der chinesischen Mehrheit und einer kleinen polyethnischen Gruppe, die eine englische Erziehung durchlaufen hat.

Auf das Erbe Großbritanniens ist es zurückzuführen, daß Regierung und Regierungspartei überwiegend von englisch erzogenen Chinesen dominiert werden, die entweder des Chinesischen überhaupt nicht mehr mächtig sind oder aber - wie der Ministerpräsident - ihre "Muttersprache" erst wieder erlernen mußten. Gerade im Zeichen eines Aufstiegs der VRCh zur Weltmacht wollen zahlreiche Singapurer mit chinesischer Ausbildung nicht so recht einsehen, warum ausgerechnet das Englische in ihrem Stadtstaat weiterhin erste offizielle Sprache sein soll.

Vielleicht wird die Stimmung eines Großteils der Bevölkerung durch gewisse Randereignisse eher offenbart als durch offizielle Interpretationen. So reagierten beispielsweise weite Kreise Singapurs mit Empörung, als die Regierung ein neues Denkmal für Stanford Raffles, den britischen Gründer von Singapur, errichten ließ. Als ferner die VRCh in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, lagen vor der Singapurer Filiale der Pekinger "Bank of China" Blumen (11).

In diese Verschiedenheit so etwas wie Einheit oder gar das



Gefühl einer "gemeinsamen Nation" zu bringen, scheint ein schier aussichtsloses Unternehmen. Und doch hat die PAP-Führung gerade dieses Ziel im Auge. Bestimmend für solche Bestrebungen sind persönliche Erfahrungen und Lernprozesse, die einzelne Mitglieder der politischen Führung durchgemacht haben.

Lee Kuan Yew, der unbestrittene Spitzenpolitiker des Stadtstaates seit 1959, erinnert sich in diesem Zusammenhang z. B. an seine Erfahrungen in einem Londoner Studentenclub, in dem ausschließlich "Chinesen" zu verkehren pflegten. Nur auf den ersten Blick schienen alle Clubangehörige Chinesen zu sein. Nach einiger Zeit konnte man bereits sehr deutlich an ihren Verhaltensweisen unterscheiden, ob sie von der Karibischen See, aus Mauritius, Südafrika, Malaysia, Hong Kong oder aber aus China selbst kamen. Lee machte dabei die Erfahrung, daß sich unter diesen Chinesen die Angehörigen aus Malaya und Singapur von vornherein am besten verstanden. Überhaupt habe er immer wieder erkennen müssen, daß es zwischen Chinesen, Malayen und Indern, die aus Malaya und Singapur kamen, mehr Gemeinsamkeiten gab als zwischen den Chinesen aus allen anderen Teilen der Welt.

Die Folgerung? Es gebe nichts, aber auch gar nichts, was durch die "Rasse" vorherbestimmt sei. "Nationen" könnten "gemacht" werden. Während Geographie und Naturgegebenheit unwandelbar seien, zeichne sich die menschliche Natur gerade durch ihre Formbarkeit aus. Worum es bei jeder staatlichen Gemeinschaft letzten Endes gehe, sei ein Doppelziel: einmal das richtige politische Klima und zum anderen eine gewisse Macht, die diese Gemeinschaft instandsetzt, sich gegen Feinde zu wehren. Aus solchen Gegebenheiten entstünden Nationen, nicht jedoch aus der Erinnerung an eine "idyllische Vergangenheit" (12).

Kann Singapur in diesem Sinne eine Nation werden?

Für eine solche Lösung spricht die Soziabilität eines großen Teils der Bevölkerung des Stadtstaates. 1966 beispielsweise waren 44 % unter 15 Jahre, 51 % befanden sich im Alter zwischen 15 und 19 Jahren, und nur 5 % hatten die Grenze von 60 Jahren überschritten (13). Singapur ist insofern noch ein unbeschriebenes Blatt, auf das sich - um hier ein Wort Mao Tse-tungs abzuwandeln - noch die schönsten Schriftzeichen malen lassen.

Gegen die Verwirklichung des PAP-Traums von einer neuen "Nation Singapur" arbeitet freilich der in den einzelnen Communities nach wie vor bestehende und von außen her genährte Chauvinismus, der auf Desintegration statt auf polyethnische Sozialisierung drängt.

Vor allem der chinesische Chauvinismus, dem es darum geht, Singapur in ein "Drittes China" zu verwandeln und der aus dem wachsenden Prestige der VRCh zunehmend Mut und Selbstbestätigung schöpft, muß heute als eine der Hauptgefahren für die Entstehung einer Nation Singapur angesehen werden. Sollte die VRCh 20 Jahre zu früh gekommen sein? Über dieses Problem ist unten im Zusammenhang mit dem Fragenkomplex Singapur - China noch näher zu sprechen.

Gefahren gehen aber auch vom Streben der Malaien

nach großmalaiischer Zuordnung in Südostasien aus, die sich in dem weitverbreiteten Schlagwort "Nusantara" hypostasiert. Ursprünglich wollte Singapur solchen malaiischen Bestrebungen - wenn auch mit größter Zurückhaltung - noch in gewisser Weise Rechnung tragen. Als es aber 1955 von Malaysia abgetrennt wurde, blieb nur noch die Alternative einer "Nation Singapur"

## II. Widerstandsbewegungen

Anders als viele südostasiatische Länder kennt der Stadtstaat Singapur kein Guerilla-Problem im landläufigen maoistischen Sinne. Auch eine Stadtguerilla hat in Singapur nie existentielle Krisen verursacht.

Gleichwohl hat Singapur einen hohen Stellenwert in der südostasiatischen Kommunismus-Bewegung. Schon 1924 hatte der indonesische Kommunist Tan Malaka das Interesse der KOMINTERN auf Malaya gelenkt. 1925 kam der erste KOMINTERN-Agent nach Singapur, wo 1928 die "Nanyang-KP" gegründet wurde, die zwei Jahre später - im Jahre 1930 - ihren Namen wechselte und nun "Malayan Communist Party" hieß.

Die KPM, die nicht nur für Malaya, sondern auch für den Stadtstaat "zuständig" war, brachte es im Kampf gegen den britischen Kolonialismus und später gegen den "japanischen Imperialismus" zu zahlreichen Meriten und zu hohem Ansehen in der Bevölkerung (Näheres dazu im Malaysia-Bericht, C.a. Juni 1973 S.278f.). Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Briten u.a. auch nach Singapur zurückkehrten, stellte sich die KPM erneut an die Spitze der antibritischen Bewegung. Im März 1948 begann eine Politik des bewaffneten Aufstandes und des Terrorismus, die im Mai 1948 zu umfangreichen Streiks in Singapur führten, wo Fabriken niedergebrannt und zahlreiche Unternehmer hingerichtet wurden. Damit war das Startzeichen für die 12 Jahre dauernde Emergency gegeben, an deren Ende die KPM ihr Hauptwirkungsfeld in die Dschungel Nordmalayas verlegen mußte. Singapur schien damit vor weiteren Einflüssen der KPM sicher. Trotzdem führte der Schock der Emergency dazu, daß die britische Regierung unter David Marshall im Stadtstaat weiterhin einen engagierten Kampf gegen linke Elemente führte. Unter der Anklage subversiver Aktivität wurden zahlreiche extremistische Führer der 1954 gegründeten PAP festgenommen, insbesondere im Oktober 1956 und August 1957. Durch diese Maßnahmen machte es die britische Regierung möglich, daß nunmehr gemäßigte Elemente die Führung der Parteimaschinerie übernehmen konnten. Die KPM hatte sich derweilen so weit rekonsolidiert, daß sie auf Singapur wieder einen gewissen Einfluß ausüben konnte. Einen dankbaren Ansatzpunkt gaben hierbei vor allem chinesische Schulen ab. Seit Beginn der zwanziger Jahre hatten private chinesische Erziehungseinrichtungen einen raschen Aufschwung genommen. In diesen Schulen spielten kommunistische Doktrinen eine bedeutsame Rolle: "Einige Schulen waren eigentlich keine Erziehungsinstitutionen, sondern lediglich Zentren kommunistischer Propaganda, ....., wo Marx, Engels, Lenin und andere kommunistische



Autoren von solchen Schülern aufgenommen wurden, die nicht genügend Allgemeinbildung hatten, um mehr zu verstehen als den Aufruf zur Opposition gegen die eigene Regierung" (14). Diese von marxistischen Gedankengängen beeinflusste Oppositionsbewegung wurde vor allem dadurch genährt, daß die britische Kolonialverwaltung versuchte, als Schulsprache Englisch und z.T. Malaiisch vorzuschreiben. Kein Wunder, daß die Parole vom "Angriff auf die chinesische Kultur" zu einer zugkräftigen Botschaft in den einzelnen Schulen wurde, vor allem in den chinesischen Mittelschulen und an der Nanyang-Universität, einer privaten chinesischen Institution, die 1955 in Singapur gegründet worden war. Unter Mithilfe der KPM wirkte sich der Linksrutsch in den Schulen hauptsächlich in den Jahren 1954 bis 1964 aus (15).

Auch sonst versuchte die KPM, vor allem über Frontorganisationen Einfluß auf das Geschehen im Stadtstaat zu gewinnen. Alles in allem ist die Geschichte der "KPM-Infiltration ..... seit dem Zweiten Weltkrieg ..... eine monotone Geschichte von Arresten, Deportationen und Auflösungsbefehlen gegenüber verdächtigen Organisationen ..... " (16). Van der Kroef (17) behauptet, daß auch die Barisan Sosialis ("Sozialistische Front") nichts anderes sei als eine Art "politischer Front" der KPM in Singapur. Hierfür bringt der Autor freilich keine Beweise. Gleichwohl empfiehlt es sich, an dieser Stelle auf diese linksradikale Organisation einzugehen, die am 29. Juli 1961 durch Abspaltung von der PAP entstanden ist (Registrierung als Partei im August 1961) und die sich als bisher effektivste Oppositionskraft erwiesen hat.

Zur Zeit ihrer Entstehung hatten die Barisan-Sozialisten Kontrolle über zahlreiche Massenorganisationen, insbesondere über Gewerkschaften und chinesische Mittelschulen, in denen linkes Gedankengut schon immer auf fruchtbaren Boden gefallen war.

Die Regierung von Singapur hat nie volle Klarheit darüber gewinnen können, ob es sich bei der Barisan-Partei lediglich um eine sozialistische Front handelte, die ihrerseits von einer kommunistischen Partei gesteuert wurde, oder ob die Partei sich als eine Organisation verstand, die zwar nicht marxistisch-leninistisch orientiert war, wohl aber in gewissem Ausmaße kommunistische Unterstützung annehmen wollte. Die Tatsache, daß noch 1965 zahlreiche führende Mitglieder der Barisan-Partei Nichtkommunisten waren, scheint mehr für die zweite Alternative zu sprechen (18).

Öffentliche Verlautbarungen der Partei und ihrer Gegner waren nicht gerade dazu angetan, Klarheit in diese Frage zu bringen.

Der Parteivorsitzende der Barisan-Sozialisten, Dr. Lee Siew Choh, distanzierte sich z.B. energisch von einer Identifizierung mit dem Kommunismus (19). Die Regierung von Singapur andererseits war, wenn man ihren Verlautbarungen folgt, fest vom kommunistischen Charakter der Barisan-Partei überzeugt. Ziel dieser Organisation sei es, "mit einem Minimalprogramm ..... eine Regierung der Neuen Demokratie zu

errichten, die vorerst noch gewisse Formen des Kapitalismus beläßt, dann aber auf das Maximal-Programm einer kommunistischen Diktatur des Proletariats hinauswill" (20). Die Wahrheit liegt wohl zwischen diesen beiden Polen. Wo sie freilich genau angesiedelt ist, läßt sich auch deshalb schwer ermitteln, weil die Barisan-Führer, die ja stets gewärtig sein mußten, vom einen auf den anderen Augenblick verhaftet zu werden, es sorgfältig vermieden, sich in ihren schriftlichen Äußerungen verbindlich und genau festzulegen. So fielen der Polizei beispielsweise nur solche Materialien in die Hand, die in Singapur allgemein populäre Themen aufgriffen, wie die Forderung nach Beendigung der britischen Herrschaft, die Propagierung chinesischer Kultur und Erziehung, die Union mit Malaya (aber nicht mit der Föderation Malaysia!), Garantien gegen Arbeitslosigkeit und verbesserte Wohlfahrtsprogramme (21).

Die Barisan-Sozialisten waren also nach außen hin darauf aus, nicht eine Grundsatz-, sondern eine Gewinnerpolitik zu verfolgen. So opportunistisch eine solche Strategie war, so problematisch erwiesen sich einige der angewandten Taktiken. Vor allem die Frage des Anschlusses an Malaya wurde zu einem für die Partei verhängnisvollen Parforceritt. Sie sprach sich zwar 1963 für eine echte Vereinigung Singapurs mit der Föderation von Malaysia, das ja "lediglich die koloniale Unterwerfung und die Ausbeutung unseres Landes verlängert ..... Nur die Schaffung eines sozialistischen Malaya wird die Probleme der Armut, der Krankheit und der Unwissenheit ..... lösen" (22).

Als es dann doch zur Gründung Malaysias kam, entschied sich die Barisan-Partei für die Parole "Zerschlagt Malaysia!" und geriet damit in den Verdacht, aktive Mithelferin bei der parallel laufenden Politik Sukarnos zu sein, die ja gerade in dem unter der indonesischen "Konfrontasi" leidenden Singapur besonders unbeliebt war. Ausgerechnet in der Malaysia-Frage also, die der Bevölkerung Singapurs Mitte der sechziger Jahre am meisten auf den Fingern brannte, hatte die Barisan-Partei einen unpopulären Standpunkt bezogen und damit ihre Chancen für den nächsten Wahlkampf aufs gründlichste dezimiert. Unter diesen Umständen war es den Sicherheitsbehörden Singapurs ein leichtes, gegen die mißliebig gewordene Partei vorzugehen. So konnten denn auch jene periodischen Verhaftungsaktionen anlaufen, mit denen es die Regierung immer wieder meisterhaft verstand, die Barisan-Partei ihrer führenden Köpfe zu berauben und damit den ganzen Apparat lahmzulegen (23).

Insbesondere galt es, die Verbindungen zu den Gewerkschaften zu kappen. Als die Barisan-Sozialisten sich nämlich 1961 von der PAP abspalteten, kontrollierten sie fast zwei Dritten der immerhin 164 264 Gewerkschaftsmitglieder. Bereits ein Jahr später hatte sich der mit Barisan sympathisierende Gewerkschaftsanteil um weitere 25 000 Personen erweitert. Hier bestand eine reelle Chance, über das Medium der Massenorganisationen auf die Regierung Einfluß zu nehmen. Wie wirksam die Barisan-Führung einzelne Gewerkschaften zu steuern verstand, zeigt die Zahl der zwischen 1959 und 1962 durch Streiks verlorengegangenen Arbeitstage: 1959 - 26 000, 1960 - 152 000, 1961 - 410 000 und 1962 - 165 000 (24). Was bei dieser Zahlenreihe besonders auffällt, ist der markante Einschnitt zwischen 1961 und 1962. Er wurde dadurch



verursacht, daß die Regierung in einer blitzschnellen Reaktion eine Anzahl führender Barisan-Sozialisten festnehmen ließ, die es verstanden hatten, Schlüsselpositionen in den Gewerkschaften zu besetzen. Die wichtigste Verhaftungsaktion war die "Operation Cold Storage", die in den frühen Morgenstunden des 2. April 1963 durchgeführt wurde und bei der etwa 140 linke Kader in Gefangenschaft gerieten (25). Gleichzeitig wurden sieben Gewerkschaften, die unter Barisan-Kontrolle waren, aus dem Gewerkschaftsregister gestrichen und damit illegal erklärt. Aufgelöst wurde auch die "Singapore Country Peoples Association", die von der Regierung gleichfalls als "Frontorganisation" kommunistischer Agitation bezeichnet wurde (26).

Verhaftungen erfolgten auch im Zusammenhang mit den Rassenauseinandersetzungen, die 1964 in Singapur aufloderten. Ob am 24. Juli (19 Tote und 300 Verwundete bei Schlägereien während einer Prozession zum Geburtstag des Propheten Mohammed) Barisan-Aktionen maßgebend gewesen waren, ließ sich nie mit Sicherheit nachweisen. Am 2. September aber, als es erneut zum Ausbruch von Rassenunruhen kam (weitere 15 Tote und über 100 Verletzte), schaltete sich die Barisan-Partei ein und schüttete Öl auf das gegen die Regierung in Kuala Lumpur gerichtete Feuer. Daraufhin wurden am 11. September abermals zahlreiche Barisan-Kader und Studentenfürher festgenommen (27).

So kam es, daß in den ersten Monaten des Jahres 1965 etwa 200 Barisan-Kader in den Gefängnissen Singapurs saßen (28). Obwohl diese Zahl gewiß nicht überwältigend erscheint, waren die Auswirkungen auf Barisan Sozialis verheerend: Hatte es die Regierung doch mit Geschick verstanden, sich vor allem der Schlüsselkader zu bemächtigen, während sie die "Kleinen" laufen ließ. Wie schwer der Verlust von 200 Führungspersonen wiegt, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Barisan Sozialis auch in ihren besten Zeiten (1961-1963) nie mehr als 250-400 Kader zur Verfügung hatte (29).

Mit einem geschickt abgestimmten Instrumentarium von Verhaftungen, Löschung aus den Registern und dem Verbot verwandter Massenorganisationen hat die PAP-Regierung es also geschafft, die Barisan-Sozialisten, die sich ja von Anfang an fast ganz auf die Arbeit an der Basis konzentriert hatten, ihres "natürlichen" Nährbodens zu berauben.

Die Pechsträhne, die nun folgte, führte zu innerparteilichen Zerreißproben, die den Parteivorsitzenden Lee am 4. Mai 1964 veranlaßten, zusammen mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden und sechs anderen führenden Mitgliedern aus der Partei auszutreten. Im März 1965 kehrten sie dann zwar wieder auf ihren Posten zurück, doch führte der Kampf der Barisan Sozialis der nunmehr mit verschärften Parolen geführt wurde ("Zerschlagt Malaysia!", "Boykottiert das Parlament!", Lee Kuan Yew als Lakai der Briten etc.) nur zu weiteren Mißerfolgen. Im Januar 1966

sprangen abermals führende Parteimitglieder ab. Auch rief der verschärfte Parteikurs entschiedene Reaktionen des Regierungsapparats hervor. Der einzige Erfolg der Strategie des "Massenkampfes", wie er seit Mitte 1965 eingeschlagen worden war, bestand darin, daß die Partei innerlich noch mehr geschwächt wurde und sich ausgerechnet dort unmöglich machte, wo sie noch die besten Ansatzpunkte gehabt hätte - im Parlament. Die Barisan-Sozialisten mußten nun endgültig erkennen, daß die - inzwischen längst bereute - Analyse ihres Parteivorsitzenden von 1961 nach wie vor Gültigkeit hatte. Danach kann Gewalt in Singapur aus drei Gründen nicht zum Erfolg führen:

- Einmal ist es unmöglich, ein kommunistisches Singapur ohne eine kommunistische Föderation von Malaya herzustellen.
- Auch kann eine Stadt-Guerilla nicht genügend Waffen beschaffen, um es mit den Streitkräften des Stadtstaates aufnehmen zu können.
- Drittens wird die Wirtschaft Singapurs weitgehend von anti-kommunistischen Staaten gefördert und stabilisiert, deren Unternehmen dort ja zielstrebig investieren (30).

Seit der Verbesserung des wirtschaftlichen Klimas konnte es sich die Regierung sogar leisten, führende Mitglieder der Barisan Sozialis wieder aus dem Gefängnis zu entlassen. Im Juli 1969 verließ u.a. der ehemalige Generalsekretär der Barisan-Partei, Lim Chin Siung, das Gefängnis und begab sich mit dem Versprechen, auf eine weitere politische Karriere zu verzichten, nach Großbritannien (31).

1970 lag die Mitgliederzahl der Barisan nur noch bei etwa 200 Personen, die freilich effektiv nur im Untergrund arbeiten konnten (32). Auftrieb könnte die Bewegung erst wieder gewinnen, wenn es, wie während der sechziger Jahre, zu einer Welle neuer Arbeitslosigkeit oder aber zu schweren wirtschaftlichen Krisen im Stadtstaat käme. Für eine solche Entwicklung freilich gibt es derzeit keine Anzeichen.

Wie schwer es ist, gegen die herrschende PAP anzukämpfen, haben in den letzten Jahren nicht nur die Untergrundorganisationen, sondern auch legale Oppositionsparteien erfahren müssen. Die "Workers Party" und die "United National Front" sind unzureichend geführt. Auch die neugegründete "Peoples Front", eine Partei, die Kontakte zur konservativen "Malayan Chinese Association" (MCA) in Malaysia pflegt, vermag nur wenig Anziehungskraft zu entfalten. Selbst das Wahlbündnis aus vier Parteien anlässlich der Parlamentswahl von 1972 brachte der Opposition nicht einen einzigen Sitz.

## B. Die Außenpolitik Singapurs

### I. Außenpolitik im allgemeinen und Beziehungen mit den USA, der Sowjetunion, dem Commonwealth, Malaysia, Indonesien sowie der ASEAN

Seit seiner Abtrennung von Malaysia am 9. August 1965 ist der Stadtstaat auch nach außen hin voll unabhängig geworden. Am 22. September 1965 trat er als 116. Mitglied den Vereinten Nationen bei und am 15. Oktober



1965 als 22. Mitglied dem British Commonwealth of Nations.

Singapur steht also erst seit 1965 ganz auf eigenen Beinen. Vor dem Beitritt zur Föderation Malaysia im Jahre 1963 hatte die Zuständigkeit für Sicherheit und Außenpolitik sowie die partielle Verantwortung für Singapurs Innenpolitik noch bei Großbritannien gelegen. Erst seit 1965 wurde deshalb auch die Frage einer spezifischen Außenpolitik aktuell. Folgende Determinanten galt es dabei zu beachten:

Erstens die winzigen Ausmaße des Landes (584 qkm bei immerhin rd. 2,2 Mio. Einwohnern), die jegliche Außenpolitik notwendigerweise zu einer Art "Überlebenspolitik" machen. Insofern ist Singapur in seiner staatlichen Existenz genau so exponiert wie etwa Kambodscha und Israel, mit denen es gerade aus diesem Grunde besonders enge Verbindungen eingegangen ist.

- Lee Kuan Yew hatte zu Prinz Sihanouk über Jahre hinweg enge Verbindungen unterhalten und stets seine Politik der "positiven Neutralität" bewundert, die dazu führte, daß Kambodscha immerhin 16 Jahre lang, d.h. von 1954 bis 1970, aus dem Indochinakrieg herausgehalten werden konnte. Die guten Beziehungen zwischen den beiden Staatsmännern kamen beim Besuch Lee Kuan Yews in Kambodscha im Dezember 1967 besonders deutlich zum Ausdruck (33).

- 1967 begann Singapur außerdem eine enge Zusammenarbeit mit Israel, die dazu führte, daß militärische Ratgeber und Instrukteure aus Tel Aviv an die Stelle des nach und nach aus Singapur abziehenden britischen Personals traten (34). Nicht ohne Grund also wurde Singapur häufig als "Israel des Ostens" bezeichnet.

Zweitens liegt Singapur an einer extrem günstigen Stelle genau auf halbem Seeweg zwischen Indien und China. Diese Lage kann ebenso von Nachteil (potentieller Zugriff interessierter Großmächte) wie von Vorteil sein, wenn Singapur es versteht, sich allen Interessenten dienstbar zu machen. Es galt also, Singapur zu einer Art Service-Station für Asien, zumindest für Südostasien, auszubauen. Der Hafen (der viertgrößte der Welt!), die zahllosen effizienten Dienstleistungsstellen (Flug- und Seeverbindungen, Versicherungswesen, Banken, Exportzonen etc.) und der geplante Schritt, den Stadtstaat zu einer Art technologischem und geistigem Zentrum in Südostasien auszubauen, sind Antworten auf die vielfältigen Möglichkeiten der geopolitischen Lage des Staates. Gedacht ist u.a. an den Aufbau einer Computer- und Raumindustrie. Außerdem soll in der Stadt eine Art "Denkzentrum" entstehen, das vor allem technologische Aufgaben in Angriff nimmt, der Medizin dienlich ist und sich dabei den asiatischen Nachbarn als "Service-Station" für die Entwicklung der Technik von morgen empfiehlt (35). Gerade Singapur mit seiner vielrassigen und vielsprachigen Gesellschaft könnte hier eine reelle Brückenfunktion wahrnehmen. Leistungen dieser Art dürften auch dafür bürgen, daß den Partizipanten im südostasiatischen Subsystem die Freiheit Singapurs wichti-

ger ist als eine zweifelhafte Abhängigkeit.

Drittens muß Singapur mit einem hohen Bevölkerungszuwachs leben (1957: 4,4 %, 1970 allerdings nur noch 1,5 %) (36), also für die neu hinzukommende Bevölkerung Arbeitsplätze sowie die nötige soziale Infrastruktur schaffen. Der Lebensstandard dieser Bevölkerung ist heute schon relativ hoch. Nach einer Statistik der Weltbank vom Jahre 1966 liegt Singapur mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 570 US-\$ (1966) an zweiter Stelle in Süd-, Südost- und Ostasien hinter Japan (860 US-\$). Diesen Standard gilt es zu halten. Singapur hat deshalb Außenhandels- und Investitionspolitik um jeden Preis zu treiben, notfalls sogar "mit dem Teufel". Die Führung Singapurs ist sich dabei auch bewußt, daß wirtschaftlicher Erfolg die beste Verteidigung, zugleich aber auch die solideste Grundlage für eine dynamische Kooperation mit den Nachbarländern ist. Nicht zuletzt aus diesem Grunde auch hat der Stadtstaat die eigenen Unternehmer angespornt, in anderen südostasiatischen Staaten, insbesondere in Indonesien und Malaysia, zu investieren. Die Investitionssumme in Indonesien lag 1972 beispielsweise bei 56 Mio. US-\$, womit Singapur an sechster Stelle in Indonesien rangierte (37). Auch muß es der Führung des Stadtstaates darauf ankommen, im Falle eines Überangebots an freien Stellen "Gastarbeiter" ins Land zu holen. Um die volle Industrialisierung zu erreichen, werden etwa noch 350 000 Arbeitskräfte nötig sein. Schon 1972 waren 70 000 Gastarbeiter aus Malaysia in Singapur beschäftigt. In Zukunft sollen jährlich 50 000 weitere hinzukommen. Ähnlich wie in der Bundesrepublik führt diese Situation zu einem speziellen "Gastarbeiterproblem", das dem Stadtstaat eine fast untragbare Last an Sozialpflichten auferlegt und die innere Stabilität zu gefährden droht (38). Singapur wird unter diesen Umständen in den nächsten Jahren die Frage zu beantworten haben, ob es zu einer Strategie des langsameren Wachstums, und damit zu einem Verzicht auf die bisher jährliche Durchschnittszunahme des BSP um 12 %, übergehen soll, oder aber ob die Anwerbung von Gastarbeitern mit ihren sozialen Folgekosten weiterbetrieben werden soll. Würden die gegenwärtigen Wachstumsraten beibehalten werden, so könnte der Stadtstaat das britische Pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1980 überholen (39).

Viertens: Ein weiteres Problem ist der Rohstoffmangel und die daraus resultierende fast 100%ige Abhängigkeit von auswärtigen Ressourcen. Singapur, das nach seiner Abtrennung von Malaysia im Jahre 1965 kein Hinterland mehr besitzt, muß nunmehr das "Hinterland der ganzen Welt" anvisieren (40) und ist deshalb gut beraten, seine eigenen Wirtschaftsunternehmen in multinationalen Verbänden unterzubringen, gleichzeitig aber auch die Investition ausländischer Firmen soweit wie möglich zu fördern. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat der Stadtstaat das inzwischen berühmt gewordene Industriegebiet von Jurong mitten aus einem noch vor wenigen Jahren unbrauchbaren Sumpfgebiet heraus entwickelt und dort bereits im Jahre 1970 über 350 Fabriken ansiedeln können. Das Jurong-Projekt



ist ein klassisches Beispiel zentraler Planung unter Regierungsinitiative. Parzellen werden für eine Dauer von 30 bis 60 Jahren zu einer Grundrente von 6 % vermietet. Um die Entwicklung noch schneller voranzutreiben und um ausländischen sowie einheimischen Investoren das Geschäft zu erleichtern, wurden von der Jurong Town Corporation bereits fertige Fabrikgebäude entworfen und aufgebaut. Singapur hat vor allem aufgrund dieses Projektes erfahren, daß "demjenigen gegeben wird, der hat". Erfolg ist m.a.W. das Geheimnis weiterer Erfolge. An dieser Maxime orientiert sich die Modernisierungsstrategie der PAP.

Fünftens: Ein weiteres Element, das für die Außenpolitik Singapurs in den nächsten Jahren von überragendem Einfluß bleiben wird, ist der hohe chinesische Bevölkerungsanteil (nach der Zählung von 1970: 76,2 % Chinesen, 15 % Malaien, 7 % Inder und Pakistani, 1,8 % andere). Diese Zusammensetzung birgt die Gefahr in sich, daß das Faszinosum China immer größere Bevölkerungskreise erfaßt und einen chinesischen Chauvinismus erzeugt, der der polyethnischen Konzeption des Stadtstaates existentiell zuwiderliefe. Chinapolitik wird in Singapur unter diesen Umständen immer eine Politik des vorsichtigen Taktierens und der Distanz gegenüber der neuen Weltmacht im Norden sein müssen.

Angesichts dieser fünf spezifischen Gegebenheiten muß der Stadtstaat es unter allen Umständen vermeiden, sich in eine Politik hineinziehen zu lassen, die dem polyethnischen (Innenpolitik), aber auch dem nach allen Seiten hin offen ausstrahlenden Charakter der Stadt (Außenpolitik!) zuwiderliefen.

Ein Dorn im Auge Singapurs war daher z.B. die Politik der MAPHILINDO, die auf malaiischem Identitätsdenken gründete und von antichinesischen Resentiments getragen war (Näheres dazu Malaysia, C.a. Juni 1973, S.271 ff.). Käme es zu einer Neuaufgabe dieser Politik, so fände Singapur einen wertvollen Partner in Thailand, das ja ebenfalls die politische Malaisierung Südostasiens nicht hinzunehmen geneigt ist.

Singapur muß es, vor allem im Hinblick auf seine Verbundenheit mit der afroasiatischen Welt, auch vermeiden, sich als Militärbasis einer Großmacht verwenden zu lassen. Lange genug stand der Stadtstaat ja ohnehin im Ruf einer neokolonialistischen Bastion Großbritanniens. Singapur hat diesen Erfordernissen Rechnung getragen, indem es sich beispielsweise niemals für die SEATO gewinnen ließ. Das militärische Fünferabkommen vom November 1971 andererseits ist angesichts der relativ schwachen britischen Verflechtung (nur Konsultationspflichten im Falle eines Angriffs von außen, im übrigen genereller Rückzug Großbritanniens aus East of Suez (C.a. Juni 1973 S.285 f.)) kaum noch als Nährboden für den Verdacht des Imperialismus oder Kolonialismus geeignet.

Worum es dem Stadtstaat bei seinen Sicherheits-

überlegungen letzten Endes gehen muß, ist eine Balance zwischen den Großmächten, die so auszufallen hat, daß größere Konflikte von der Region ferngehalten werden und gleichzeitig ein allgemeines Interesse am Fortbestand des Status quo in Singapur besteht (41).

### 1. Singapur - USA

Wie bereits im Zusammenhang mit Malaysia ausgeführt (C.a. Juni 1973 S.286), betrachtete Washington Malaya und Singapur bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein als britische Angelegenheit und zeigte deshalb in diesem Bereich Südostasiens nur niedriges Profil. Ganz anders als diese über Jahre gleichbleibend temperierte "Noninvolved Cordiality" war umgekehrt das Verhalten Singapurs gegenüber der westlichen Weltmacht, das mehrere Fieberkurven durchlief. Zum Prüfstein der Einstellung Singapurs wurde unweigerlich der Vietnamkrieg, der ein Jahr vor der Staatswerdung Singapurs ausgebrochen war. In den ersten Monaten nach der Souveränität glaubte Singapur sich noch ganz mit der afroasiatischen Welt identifizieren zu können und von "imperialistischen" (USA) und "kolonialistischen" Nationen (Großbritannien) Abstand gewinnen zu müssen. Die daraus entspringende Haltung der "Nichtanlehnung" führte dazu, daß das Königreich Kambodscha eine Zeitlang zum Vorbild des jungen Stadtstaates wurde (zur kambodschanischen Neutralitätspolitik vgl. "Kambodscha" C.a. April 1973 S.134 f.).

Im März 1966 freilich, als William Bundy vom US-Außenministerium Singapur besuchte, hatte Lee Kuan Yew seine frühere Position bereits revidiert, und zwar in der Erkenntnis, daß der schwache Stadtstaat gerade jetzt einen starken Partner brauchte, der den Schock des britischen Rückzugs aus East of Suez dämpfen helfen könnte. So war es nur konsequent, daß die Regierung von Singapur nunmehr die amerikanische Vietnampolitik zu billigen begann. Die unmittelbaren Vorteile stellten sich schnell ein: Seit April 1966 begannen umfangreiche Kontingente amerikanischer Vietnamkämpfer ihren Urlaub in Singapur zu verbringen, und gleichzeitig gingen Wirtschaftsaufträge ein, die mit dem Vietnamkrieg zu tun hatten (42).

Vergessen waren damit die Reibungen, die es nach 1965 mit dem CIA gegeben hatte (Lee Kuan Yew hatte damals den amerikanischen Geheimdienst angeklagt, einen Sicherheitsbeamten mit Bestechungsgeldern zur Herausgabe von Geheiminformationen über die Regierung des Stadtstaates veranlaßt zu haben. Washington hatte diesen Fehlgriff schließlich zugeben müssen und dabei Gesicht verloren).

Eine "Lebensversicherung" freilich sollten auch die USA nicht werden: Die Nixon-Doktrin des Jahres 1969, der Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking und der beginnende militärische Abzug Amerikas aus Südostasien drohen die wichtigsten Fundamente zu erschüttern, auf denen Singapurs Sicherheit bisher aufgebaut war. Kein Wunder, daß der Stadtstaat alles tut, um die USA wenigstens mit beschränkten



militärischen Kontingenten in Südostasien zurückzuhalten. Bei einer Reise nach Mittelamerika im April 1973 hat Lee Kuan Yew sich dabei folgender Argumente bedient: Südostasien liege im Zentrum eines politischen Koordinatennetzes (Malakka-Straße!) und verfüge über immense Anteile am Welt-Aufkommen wichtiger Ressourcen (85 % Rohgummi, 69 % Kopa, 64 % Zinn, 39 % Palmöl, 6,9 % Holz und bisher noch nicht absehbare Ölvorräte). Könne Washington wirklich so kurzfristig sein, in diesem Gebiet ein Vakuum zu hinterlassen, das dann von der Sowjetunion und von China ausgefüllt würde? Könne Washington es sich ferner leisten, seinen besten Verbündeten in Asien, Japan, im Stich zu lassen, das ja wie keine andere Nation auf die Malakka-Straße angewiesen sei? Betrachte man die Situation nach allen Seiten hin, so ergebe sich für Washington die Aufgabe, gegenüber den beiden anderen Weltmächten Sowjetunion und China sein eignes Gewicht in die Waagschale zu werfen (43). Zumindest auf wirtschaftlichem Gebiet sind Appelle dieser Art nicht ohne Echo geblieben. Allein 40 % aller Auslandsinvestitionen, die bisher in Singapur getätigt wurden, kommen aus den USA. Einige Schlüsselbereiche, wie z.B. die Ölindustrie, werden überdies fast ausschließlich von amerikanischen Firmen beherrscht (44). Amerikas Wirtschaft setzt auf den Stadtstaat wie auf eine kommende Aktie. Singapur wird hier bald die Bremse anziehen müssen, wenn es das "Gleichgewicht der Kräfte" wahren und nicht in den Sog einseitiger Abhängigkeit geraten will.

## 2. Singapur - Sowjetunion

Für die Sowjetunion nimmt Singapur insofern einen interessanten Stellenwert ein, als der Stadtstaat nicht nur potentiell Mitglied des von Breshnew vorgeschlagenen kollektiven Sicherheitssystems in Asien sein würde, sondern darüber hinaus ein strategisch gar nicht hoch genug einzuschätzender Punkt auf der langen Seestrecke vom Schwarzen Meer nach Wladiwostok ist. Gleichzeitig gehört Singapur mit in jenes politische Vakuum, das durch den Rückzug der Briten aus Südostasien entstanden ist und das - immer aus sowjetischer Sicht! - nun durch China gefüllt zu werden droht.

Von dieser Interessenlage ausgehend, hat Moskau bisher jede Gelegenheit ergriffen, um sein Verhältnis zu Singapur enger zu gestalten. Schon drei Monate nach dem Rückzug Singapurs aus der malaysischen Föderation wurde eine Delegation des Stadtstaates unter Führung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten in Moskau mit ungewöhnlicher Zuvorkommenheit empfangen. Im Januar 1966 bereits errichtete TASS ein Büro auf der Insel, und am 2. April wurde ein Handelsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Im Oktober desselben Jahres untersuchte eine sowjetische Wirtschaftsdelegation die Möglichkeiten für den Aufbau von Industrieanlagen, über die im Februar 1968 bereits konkrete Abmachungen getroffen wurden. 1968 auch wurde

eine Singapur-sowjetische Schiffahrtsagentur ins Leben gerufen. Im Oktober/November 1971 veranstaltete die Sowjetunion eine Handelsausstellung in Singapur, und im November öffnete die sowjetische Bank "Moscow Narodny" ihre Tore im Stadtstaat. Bereits im September 1970 hatte Lee Kuan Yew die Sowjetunion besucht. Dabei war eine Verstärkung des kommerziellen und kulturellen Austausches zwischen beiden Ländern sowie die Herstellung einer direkten Luftverbindung vereinbart worden (45).

Für Singapur stellt die Sowjetunion einen wichtigen Balancefaktor gegenüber dem wachsenden Einfluß der VRCh dar. Im Hafen von Singapur werden deshalb nicht nur sowjetische Waren gelöscht und nicht nur sowjetische Handelsschiffe versorgt, sondern gelegentlich auch sowjetische Kriegsschiffe repariert. Die Sowjetunion scheint hier ein ähnliches Dock-Rotationsritual einzuführen wie in Hong Kong (46). Freilich wird sich Lee Kuan Yew hüten müssen, die sowjetische Karte über Gebühr auszuspielen. Die chinesische Toleranzschwelle wäre nämlich sicherlich überschritten, falls der Stadtstaat zu einem sowjetischen Flottenstützpunkt ausgebaut würde.

## 3. Singapur - Commonwealth

Großbritannien spielte im Stadtstaat lange Zeit eine so bestimmte Rolle, daß sein Stellenwert eigentlich nur vor historischem Hintergrund zu reichende Dimensionen annimmt: Schon seit dem 13. Jahrhundert war Singapur wegen seiner einzigartigen Lage auf halbem Wege zwischen China und Indien eine von Javanern, Siamesen, Sumatranern und Malakkern umkämpfte Insel. Ihre heutige Bedeutung aber verdankt sie fast ausschließlich der Tatkraft des Briten Sir Thomas Stamford Raffles, der hier seit 1819 einen strategischen Hafen- und Handelsplatz aufzog, dessen Entwicklung sich so günstig anließ, daß Singapur bereits 1822 Sitz der britischen Seemacht in Fernost wurde. 1867 wurde Singapur Hauptstadt der aus Penang und Malakka neugebildeten Kronkolonie der "Straits Settlements". 1942-1945 geriet Singapur unter japanische Besatzung. Als sich nach Rückkehr der Briten die malaisischen Staaten neu formierten, entschieden sich Penang und Malakka für den malaisischen Bund (1948), während Singapur allein britische Kronkolonie blieb. Im Juni erhielt es den Stellenwert eines Staates innerhalb des Commonwealth of Nations, allerdings mit der Einschränkung, daß Verteidigung und Außenpolitik sowie ein Teil der Sicherheitspolitik bei London verblieben. Nach der malaisischen Merdeka (31.8.1957) entstanden auch in Singapur Selbständigkeitsbestrebungen. Die Peoples Action Party (PAP) unter der Leitung von Lee Kuan Yew strebte allerdings die Unabhängigkeit in Form eines Aufgehens in der Föderation Malaya an. So kam es, daß Singapur schließlich - mit Billigung Großbritanniens - zusammen mit Sarawak und Sabah am 16. September 1963 in die Föderation Malaysia aufgenommen wurde.



Am 9. August 1965 freilich trat es aus diesem Bündnis wieder aus und ist seitdem ein souveräner Staat mit voller innerer und äußerer Autonomie bei gleichzeitiger Mitgliedschaft im britischen Commonwealth.

Neben 1965 setzte noch das Jahr 1971 eine wichtige Zäsur in den Beziehungen zwischen dem Commonwealth und Singapur. Schon seit Mitte der sechziger Jahre war deutlich geworden, daß der Abzug Großbritanniens aus Südostasien nicht mehr lange auf sich warten ließe. Das Weißbuch der Labour-Regierung von 1966 machte solche Ahnungen dann zur Gewißheit (Näheres dazu vgl. C.a. Juni 1973 S.285).

Singapur sah angesichts des bis 1971 geplanten Truppenabzugs der Briten am Horizont eine Doppelkrise auftauchen, die sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Natur war. Freilich sollte es sich dann in den nächsten Jahren zeigen, daß der Stadtstaat hier glimpflicher davongekommen würde, als ursprünglich angenommen worden war:

- Einerseits nämlich kam es 1971 zu jenem Fünf-Mächte-Abkommen (ANZUK), das Malaysia, Singapur, Großbritannien, Australien und Neuseeland zu einer lockeren Verteidigungsgemeinschaft zusammenfügte (Näheres s. C.a. Juni 1973 S.285 f.).

- Andererseits traf der Truppenabzug, durch den immerhin 40 000 Arbeitsplätze gefährdet schienen, die Wirtschaft Singapurs kaum, da dort inzwischen eine Hochkonjunktur eingesetzt hatte und außerdem der Devisenausfall durch erhöhte Einnahmen aus der Stationierung der ANZUK-Truppen ausgeglichen wurde. Diese Einnahmen beliefen sich 1971 immerhin noch auf 420 Mio. Singapur-Dollar. Auch waren Ende 1971 nur noch 35 000 Arbeitslose registriert, und es mußten sogar 60 000 Gastarbeiter, vorwiegend aus Malaysia, im Stadtstaat beschäftigt werden.

Trotz des stark zurückgehenden britischen Einflusses bleibt Singapur aber nach wie vor eng mit dem Commonwealth verbunden, dessen 26 Mitglieder im Januar 1971 ihre Konferenz sogar im Stadtstaat abhielten.

#### 4. Singapur - Malaysia

Singapur und Malaysia sind wie zwei Partner, die für eine Vernunft Ehe geradezu prädestiniert scheinen, die aber doch nie dauernd zueinander finden können, weil ihre gegenseitige Antipathie größer ist als die Fülle der rationalen Erwägungen, die für eine Verbindung spräche.

Immerhin haben sich beide Staaten für die kurze Dauer von zwei Jahren (16.9.63-9.8.65) zu einer Föderation zusammengefunden. An diesem Bündnis wurde sowohl die Logik der Annäherung als auch die der Trennung manifest.

##### a. Logik der Annäherung und Annäherungsmodalitäten

Zwischen 1961 und 1965 war es vor allem auf vier Gebieten (47) zu einer immer engeren Verflechtung beiderseitiger Interessen, Aktivitäten und Institutionen gekommen:

- Der Handel stieg von 1,6 Mio. Mal.Dollar i.J.1961 auf 1,8 Mio. i.J.1965 (= 22,1 % bzw. 26,7 % des gesamten Außenhandels Singapurs).

- Presse: Vier führende Zeitschriften erhielten, obwohl sie lokal gedruckt wurden, nach und nach einen gesamt-nationalen Anstrich, nämlich die Utusan Melayu (abgefaßt in Jawi, einer modifizierten arabischen Schrift), ferner die beiden chinesischen Zeitungen Nanyang Siang Pao und Sing-chew Jit-pao, sowie schließlich die englisch verfaßte, alteingeführte "Straits Times". Obwohl das Stammhaus der ersteren in Kuala Lumpur und das der drei letzteren Zeitungen in Singapur ist, haben sie doch im Laufe der Zeit im jeweils anderen Gebiet starke Verbreitung gefunden und dort schließlich sogar Filialpressen aufgezogen.

- Luftverkehr: Einen bedeutsamen Aufschwung nahm auch das gemeinsam betriebene Luftfahrtunternehmen der Malaysia-Singapore Airways (MSA), das i.J. 1965 ein Passagieraufkommen von etwa 170 000 Personen verzeichnen konnte, während die Zahl 1961 noch bei rd. 80 000 gelegen hatte.

- Auch der beiderseitige Postverkehr hatte sich zwischen 1961 und 1964 rapide gesteigert (48)

Zu diesen Entwicklungen kamen noch gewisse Überlegungen beider Regierungen, die sich kurz folgendermaßen charakterisieren lassen: Singapur brauchte ein Hinterland und betrachtete seine von Industrie und Dienstleistungsbetrieben bestimmte Wirtschaftsstruktur als ideale Ergänzung zur Landwirtschaft Malayas.

Auf Seiten der Malayen spielten vor allem Sicherheits-erwägungen eine Rolle. 1960 war man gerade nach zwölfjährigem Kampf der kommunistischen Gefahr Herr geworden, und nun drohte die Hydra der kommunistischen Subversion im benachbarten Stadtstaat von neuem ihr Haupt zu erheben. Sollte es nicht möglich sein, den Linkskurs der Singapur-Politik durch Aufnahme des Stadtstaates in das geplante Malaysia zu dämpfen?

Die Vereinigung von Malaysia und Singapur schien in diesen Entwicklungen und Überlegungen geradezu entelechiell angelegt. Die Antwort der Politiker war zunächst auch eindeutig positiv. Nachdem Tunku Abdul Rahman in einer Pressekonferenz in Singapur am 27.5.1961 die Gründung einer Föderation Malaysia unter Einfluß des Stadtstaates vorgeschlagen hatte, kam von Lee Kuan Yew am 3. Juni (Nationalfeiertag) eine unzweideutige positive Reaktion. Schon einen Monat später gaben die beiden Ministerpräsidenten dann ein gemeinsames Kommuniqué heraus, in dem die Modalitäten eines Zusammenschlusses umrissen waren. Danach sollte Malaysia die Zuständigkeit für Verteidigung, Außenpolitik und Sicherheit Singapurs übernehmen, während die Hafenstadt lokale Autonomie in allen Arbeits- und Erziehungsfragen behalten sollte. Mit der Erziehungsklausel sollte vor allem dem Wunsch der chinesischen Bevölkerung nach traditioneller Ausbildung ihrer Kinder Rechnung getragen werden. Dieses Zugeständnis kam Singapur teuer zu stehen: Zum "Ausgleich" sollte es nämlich weniger Sitze in den nationalen Gremien beanspruchen dürfen, als ihm aufgrund der Zahl seiner Bevölkerung zugestanden hätte.



Inf "Malaysia Act", der dann am 20.8.1963 aufgrund des Artikel 159 der Malaiischen Verfassung erging, wurde festgelegt, daß Malaya (bei einer Bevölkerung von 7,7 Mio. Einwohnern) im Abgeordnetenhaus 104 Sitze, Singapur (mit 1,8 Mio. Einwohnern) dagegen nur 15 Sitze erhalten sollte (Sarawak mit 810 000 Einwohnern bekam 26 Sitze und Sabah mit 500 000 Einwohnern 14 Sitze zugesprochen).

Die Hartnäckigkeit, mit der Malaya diesen Verzicht ertrug und die Großzügigkeit, mit der Singapur andererseits solchen Forderungen stattgegeben hatte, wird nur verständlich, wenn man bedenkt, welche vorteilhafte Perspektiven sich dem chinesischen Bevölkerungsanteil in der neu geschaffenen Föderation zu eröffnen schienen: Ökonomisch waren die Chinesen ohnehin haushoch überlegen. Nun sollten sie den malaiischen Bevölkerungsteil sogar noch in der Kopffzahl ausstechen: Hatten die Malaien in der Föderation Malaya immerhin noch 50 % der Gesamteinwohnerschaft ausgemacht und damit die Chinesen (37 %) und die Inder (12 %) überflügelt, so würden nunmehr umgehend die Chinesen unter der Gesamtbevölkerung von rd. 11 Mio. Einwohnern mit rd. 42 % den höchsten Anteil stellen (39 % Malaien, 9 % Inder und 7 % "Eingeborene" aus Nordborneo). Auf die Empfindlichkeit der Malaien mußte aber auch noch deshalb Rücksicht genommen werden, weil in Singapur zu jener Zeit eine stark sozialistisch eingefärbte Bewegung vorherrschte, die selbst bei bestem Willen nicht mit den feudalen Strukturen Malayas vereinbar schien.

Würde die Bevölkerung Singapurs dem "Malaysia Act", der ihr so viele politische Nachteile brachte, zustimmen? Sie tat es, und zwar mit 71 % der abgegebenen Stimmen. Nur 25 % der Wahlberechtigten hatten sich gegen den Zusammenschluß ausgesprochen.

#### b. Die Trennung

Von Anfang an freilich hing das Schwert des Damokles über dieser neuen Verbindung: Es war nicht nur die Konfrontasi-Politik Sukarnos ( dazu C.a. Juni 1973 S.287 ff.) sowie der Einspruch der Philippinen, sondern auch ein ganzer Fächer von Konflikten, der sich schon nach wenigen Monaten stärker zu entfalten begann und letztlich zum Bruch zwischen den beiden ungleichen Partner führte.

Vier Komplexe sind hier vor allem zu erwähnen (49):

- Verfassungsstreitigkeiten (über die Verteilung des Steueraufkommens, über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes, über die Errichtung und den Standort von Pionierindustrien, über den Bundeshaushalt von 1965, über die Frage, ob die kommunistische "Bank of China" in Singapur geschlossen werden sollte, und über die Rundfunk- und Fernsehkontrolle).

- Parteistreitigkeiten: Vor allem die UMNO, der führende Flügel der malaiischen Alliance Party, war davon ausgegangen, daß die PAP ihre Aktivität auch nach dem "Merger" auf Singapur beschränken würde, während es der UMNO durchaus gestattet sein sollte, an den Singapur-Wahlen (z.B. i.J.

1963) teilzunehmen. Ganz im Gegensatz dazu aber ging die PAP - im Sinne eines "malaysischen Malaysia" - zu Gegenangriffen über und bewarb sich obendrein um Proselyten und Wählerstimmen bei den malaiischen Wahlen des Jahres 1964. Schließlich errichtete sie sogar Parteifilialen in den wichtigeren Städten auf der Halbinsel und war überhaupt mit ihren für malaiische Konservative nicht gerade schmeichelhaft klingenden Modernisierungsparolen alles andere als zimperlich.

- Damit aber erweckte sie erneut alte ethnische Streitigkeiten: Schon 1961 war es in Singapur ja zu einem Aufstand der "revolutionären islamischen Armee von Singapur", einer Gruppe radikaler Malaien, gekommen, die von der malaiischen Community allerdings kaum unterstützt wurde. Drei Jahre später sollte es - am 21. Juli 1964, dem Geburtstag des Propheten - erneut zu schweren Rassenauseinandersetzungen kommen. Diesmal standen die "breiten Massen" der Malaien Singapurs nicht abseits: hatten sie doch erwartet, daß sie mit Gründung der Föderation Malaysia ähnlicher Privilegien teilhaftig würden, wie sie ja auch den Malayen auf der Halbinsel zuerkannt worden waren (Näheres dazu in C.a. Juni 1973 S.272 ff.). Freilich war im "Malaysia Act" vom Juli 1963 von solchen Spezialprivilegien für den Bereich Singapur keine Rede gewesen. Die Enttäuschung und Erbitterung der im Stadtstaat lebenden Malaien, deren chauvinistische Gefühle noch durch die Utusan Melayu gefördert wurde, machte sich freilich nicht nur bei den blutigen Juli-Unruhen Luft, sondern wirkte weiter. In Kreisen der UMNO, wo sich diese Stimmung der Singapur-Malaien widerspiegelte, kam sogar die Forderung auf, dem Singapur-Spuk ein Ende zu bereiten und Lee Kuan Yew festzunehmen. Es war abzusehen, daß der malaysische Ministerpräsident auf die Dauer nicht gegen diesen immer heftiger anschwellenden Strom schwimmen konnte. Hand in Hand damit begann der Gedanke eines malaysischen Malaysia rapide an Attraktivität zu verlieren.

- Hinzu kamen - um das Maß vollzumachen - auch noch persönliche Streitigkeiten, u.a. zwischen den beiden Ministerpräsidenten, die den Gedanken einer Trennung vollends aktuell werden ließen.

Was nicht zu vermeiden war, trat schließlich am 9. August 1965 ein. Die bisher zwischen beiden Staaten noch halb offene Tür fiel mit lautem Knall ins Schloß. Während Ministerpräsident Lee Kuan Yew, der offensichtlich noch an ein Wunder im letzten Augenblick geglaubt hatte, vor dem Fernsehen in Tränen ausbrach, feierte das Volk von Singapur die Trennung mit Feuerwerk und Tanz auf den Straßen.

Bereits zwei Tage vorher, am 7. August, war ein "Agreement relating to the Separation of Singapore from Malaysia as an Independent and Sovereign State" geschlossen worden (50). In dem Abkommen wird vage festgelegt, daß beide Parteien auch künftig auf dem Gebiet der gemeinsamen Verteidigung sowie der Wirtschaft zusammenarbeiten werden.

In Art. V/4 heißt es ferner, daß "keine Partei einem Vertrag oder Abkommen mit einem anderen Lande beitreten wird, die sich auf die Unabhängigkeit und Verteidigung des Territoriums der anderen Partei schädlich auswirken könnten". Diese Klausel könnte als eine Art generelles Vetorecht Malaysias gegenüber der Außenpolitik Singapurs angesehen werden.

Es war abzusehen, daß diese Bestimmungen weitgehend Theorie bleiben würden; bestand aus der Sicht Singapurs doch die Befürchtung, daß Malaysia sich



nur schwer an die Unabhängigkeit des Stadtstaates gewöhnen könne. Gerade aus solchen Bedenken heraus hat Singapur in den letzten Jahren versucht, sich von Kuala Lumpur soweit wie möglich freizuschwimmen. Emanzipationsversuche dieser Art haben ausgerechnet auf solchen Gebieten stattgefunden, für die nach dem Trennungsabkommen eigentlich Zusammenarbeit vereinbart worden war:

a. Obwohl beide Staaten aufgrund des militärischen Fünferabkommens von 1971 ein militärisches Kooperationsbündnis geschlossen haben, baut Singapur z.B. unter beträchtlichen finanziellen Opfern eine eigene Streitmacht auf. In Kuala Lumpur fragt man sich besorgt: "Wozu Panzer?" (51). Singapur hat auf solche Fragen eine Reihe sybillinischer Antworten:

Einige Verteidigungsplaner vergleichen die kleine Streitmacht z.B. mit einer "giftigen Garnele" im Meer, die zwar kaum etwas gegen gefräßige Fische ausrichten könne, aber doch in der Lage sei, kleinere Fische, welche ihren Appetit nicht zügeln könnten, zu vergiften (52).

Nach Angaben des Londoner "Institute for Strategic Studies" wuchs die Armee, mit deren Aufbau 1967 begonnen wurde und in der alle Bürger im Alter von 18 Jahren auf zwei Jahre Dienst leisten müssen, von 10 000 Mann in den Jahren 1969/1970 auf 14 000 Mann (plus 7-9000 Reservisten) in den Jahren 1971/72. In der gleichen Zeit dehnte sich die Marine von 200 auf rd. 500 Reservisten aus, und die Luftwaffe erreichte eine Personalstärke von 1500 Mann, die immerhin 36 Kampfflugzeuge zu bedienen haben (53). Demgegenüber erreichten die Streitkräfte Malaysias 1972 43 000 Mann (plus 50 000 Reservisten) und die Indonesiens 250 000 Mann.

Wie aus der "Strategie der giftigen Garnele." hervorgeht, kann sich Singapur mit seiner Ministreitmacht nicht auf langfristige Auseinandersetzungen mit einem Nachbarstaat verlassen. Deshalb muß es ihm - mehr als um militärische Verteidigung - stets darum gehen, sich anderen Staaten, vor allem den beiden unmittelbaren Nachbarn, so nützlich wie möglich zu machen, um dadurch jedem militärischen Zugriff den Anreiz zu nehmen. Auch bei diesen Überlegungen zeichnen sich am Horizont bereits wieder - sozusagen automatisch - Fernlösungen im Rahmen einer auch militärisch kooperierenden ASEAN ab.

b. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Zusammenarbeit durch eine Art Haßliebe gekennzeichnet.

Der vielleicht spektakulärste Schritt einer Nichtzusammenarbeit war die Trennung der "Malaysia-Singapore Airlines" (MSA), die am 30. September 1972 erfolgte, und die Gründung separater Fluglinien, nämlich des "Malaysian Airline System" (MAS) und der "Singapore Airlines" (SIA). In der Trennung wurde freilich schon wieder ein Stück Zusammenarbeit sichtbar. Am 28.8.1972 nämlich beschlossen beide Fluglinien, ihre Operationen aufeinander abzustimmen (54).

Auch auf monetärem Sektor, wo bisher zwischen Großbritannien, Singapur und Malaysia Freizügigkeit geherrscht hatte, wurden von Seiten Kuala Lumpurs 1973 Beschränkungen eingeführt. Firmen aus England, vor allem aber aus Singapur, haben nämlich Exportgewinne ihrer Filialen in Malaysia künftig, soweit sie 800 Mio. Dollar im Jahr überschreiten, innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes nach

Malaysia zu transferieren. Bisher hatten die meisten Firmen solche Gewinne in London angelegt, wo sie am Devisenmarkt höhere Renditen erzielten. Der "Gemeinsame Markt" zwischen Malaysia und Singapur ist also durch weitere Restriktionen eingeschränkt worden (55). Trotzdem steigen die Investitionen Singapurs in Malaysia weiter.

Diese Zwar - Aber - Situation ist letzten Endes dadurch bedingt, daß die beiden Staaten trotz ihrer Abneigung einander brauchen. Der permanente Prozeß der Annäherung und Abstößung wird also weitergehen.

## 5. Singapur - Indonesien

Nicht ganz, aber doch beinahe so eng wie mit Malaysia sind Singapurs Interessen mit Indonesien verknüpft. Beide Staaten ergänzen sich ideal von ihrer Wirtschaftsstruktur her, so daß ihr objektives Verhältnis zueinander weitgehend dem zwischen China und Japan entspricht. Singapur und Japan sind hoch industrialisiert, während Indonesien und China über außerordentliche Rohstoff- und Landressourcen verfügen. Wirtschaftliche Vernunft spricht daher für eine möglichst enge Kooperation zwischen beiden Nachbarn.

In der Tat hat Singapur auch schon vor der Entstehung Malaysias indonesischen Gummi verarbeitet und sich durch eine Reihe von Dienstleistungen als nützlich erwiesen, z.B. durch Finanzierung, Verschiffung indonesischer Waren und eine Reihe anderer Funktionen, die Indonesien nicht selbst wahrnehmen konnte. Angesichts dieser gegenseitigen Ergänzung war die Konfrontationspolitik Sukarnos ein Unglück für beide Staaten.

Aus der Sicht des Sukarno-Regimes galt die britische Militärbasis in Singapur als das eigentliche Zentrum der britischen Kanonenbootpolitik in Südostasien. Als nun gar i.J. 1961 von Kuala Lumpur und London gemeinsam die Gründung einer Föderation Malaysia als "erstrebenswertes Ziel" verkündet und zugleich angedeutet wurde, daß das bereits bestehende malaiisch-britische Verteidigungsabkommen sich künftig auf das Gesamtterritorium der geplanten Föderation erstrecken sollte (56), glaubte Indonesien nicht länger ruhig zusehen zu dürfen.

Von der 1963 anlaufenden "Konfrontasi"-Politik wurde Singapur ganz besonders hart betroffen, da Indonesien von einem auf den anderen Tag den Hahn seiner Handelsströme in den Stadtstaat abdrehte. Wie genau der indonesische Schlag saß, sollte sich bereits wenige Wochen später zeigen: Schon am 25. Oktober mußte Ministerpräsident Lee bekanntgeben, daß etwa 2 000 Personen ihre Arbeitsplätze verloren hätten. Sollte die indonesische Politik im bisherigen Stile weitergehen, würden bald 10 - 15 000 Personen arbeitslos (57). Ende 1963 auch waren die Verluste Singapurs, die aufgrund der indonesischen Restriktionen entstanden, bereits auf 100 Mio. Dollar angestiegen (58).

Freilich schnitt sich Indonesien damit auch ins eigene Fleisch; denn Singapur war eines der wichtigsten Tore des Inselreiches zur Außenwelt. Immerhin waren bis dahin etwa ein Viertel der indonesischen Importe und fast die Hälfte der Exporte durch Singapur gelaufen (59).



Die ökonomisch scharf kalkulierende Regierung Suharto machte - ähnlich wie gegen Malaysia - die Maßnahmen der Konfrontationspolitik schon wenige Monate nach dem September-Umsturz von 1965 rückgängig. Sie war damit gut beraten; denn schon nach kurzer Zeit begann der traditionelle Handel wieder zu funktionieren. Ungefähr ein Drittel des Außenhandels Singapurs wickelt sich heute mit Malaysia ab, ein weiteres Drittel mit Indonesien und der Rest mit der übrigen Welt. Ärger verursacht in Djakarta allerdings immer noch die Tatsache, daß Singapur keine Statistiken über seinen Handel mit Indonesien veröffentlicht. Sollte Singapur irgendwelche Transaktionen zu verbergen haben ?

Noch drei weitere Steine des Anstoßes erwiesen sich im Laufe der vergangenen Jahre als Hindernis für eine weitere Annäherung:

- Ein besonders wunder Punkt zwischen beiden Staaten war z.B. lange Zeit die Erinnerung an die Exekution zweier indonesischer Saboteure, die 1965 während der indonesischen Konfrontation nach einem tödlichen Anschlag auf drei Zivilisten festgenommen worden und später - trotz eines Gnaden-gesuches des inzwischen an die Macht gekommenen Suharto - am 17.10.1968 in besonders entwürdigender Weise erhängt worden waren. Das Ereignis rief nicht nur scharfe Reaktionen auf Regierungsebene hervor, sondern löste auch umfangreiche Massendemonstrationen gegen Vertretungen Singapurs in mehreren Ländern Asiens aus (60). Dieser, eine Politik der Stärke manifestierende, Kraftakt hat sich noch lange Zeit negativ auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten ausge-wirkt.

- Starke Zurückhaltung, wenn nicht gar Mißtrauen, bestand auf Seiten Indonesiens auch gegenüber der Aufrüstung Singapurs, vor allem gegenüber dem Fünf-Mächte-Verteidigungsabkommen von 1971, an dem neben Malaysia und Singapur auch Australien, Neuseeland und Großbritannien beteiligt sind. Trotz aller Bedenken hat Suharto dieser Verteidigungsgemeinschaft schließlich aber doch noch seinen Segen erteilt.

- In Indonesien besteht schließlich nach wie vor ein unterschwelliges Mißtrauen gegen den Stadtstaat, der manchmal als "drittes China", manchmal als "Zentrum wirtschaftlicher Ausbeutung der natürlichen Reichtümer Indonesiens" angesehen wird (61).

## 6. Singapur - ASEAN

Singapur muß als verteidigungspolitisch schwaches Gemeinwesen stets darauf bedacht sein, als Gegengewicht zum ringsum virulenten Nationalismus für mehr Regionalverbundenheit einzutreten. Gleichzeitig kann es dem Stadtstaat mit seinen weltweiten Verbindungen aber keineswegs darum gehen, nun unbedingt eine in sich geschlossene und nach außen hin abgeschirmte südostasiatische Gemeinschaft anzustreben. Aus diesen beiden prima facie einander widersprechenden Situationsimperativen ergibt sich jener durchaus vorläufige Charakter, den die Politik des Stadtstaates gegenüber der ASEAN trägt.

Was mit dieser "Vorläufigkeit" gemeint ist, soll hier kurz in drei Aspekten aufgezeigt werden:

- Es fällt zunächst auf, daß Singapur die ASEAN eher als multilateralen Rahmen für eine bessere Gestaltung seiner bilateralen Beziehungen zu den beiden komplizierten Nachbarn Malaysia und Indonesien betrachtet, denn als entelechiale politische Union nach dem Modell etwa der EG. Aus diesem Grunde auch hat die PAP bisher stets versucht, ASEAN-Politik ganz unter Gesichtspunkten der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit zu betreiben, die Kooperation im übrigen aber soweit wie möglich entpolitisiert zu halten.

- Daneben soll die ASEAN, wenn es nach dem Wunsch Singapurs geht, nicht nur der Verbesserung bilateraler Beziehungen zu den Nachbarn dienen, sondern auch noch eine andere Funktion erfüllen, nämlich den Schutz der fünf ASEAN-Mitglieder vor dem immer stärker werdenden wirtschaftlichen Druck Japans (62).

- Die vorsichtige Einstellung Singapurs gegenüber der ASEAN kann nicht ohne Einfluß auf seine Haltung gegenüber den Großmächten sein. Es war oben bereits davon die Rede, daß der Stadtstaat versuchen muß, die Interessen der Großmächte so weit zu mobilisieren, daß sie sich im außenpolitischen Koordinatensystem des Stadtstaates in etwa die Waage halten. Eine solche Option ist freilich nur für heute und morgen nicht aber für übermorgen brauchbar. Eine Außenpolitik nämlich, die eine permanente - wenn auch ausbalancierte - Präsenz raumfremder Mächte in der südostasiatischen Subregion betreibt, stößt vermutlich bald auf den Protest anderer Staaten in der Region, die dem Gedanken der Autarkie und der Selbststärkung eher zuneigen, als dies bei Singapur der Fall ist.

Alles in allem kann Singapur seine politische Distanz gegenüber der ASEAN nur solange aufrechterhalten, als die südostasiatischen Nachbarn ihren nach innen geleiteten Nationalismus pflegen. Langfristig gesehen ist jedoch eine ASEAN, die die verschiedenen rassischen, kulturellen und sprachlichen Gemeinschaften zu einer "Einheit in der Vielheit" zusammenschweißen kann, die einzige Lösung, die der polyethnisch konzipierten Nation Singapur vor Augen schweben muß.

Indirekt bleiben die Großmächte freilich auch nach einer eventuellen Neutralisierung Südostasiens präsent, insofern sie nämlich als Garanten eben dieser Neutralität auftreten.

Wird es allerdings in absehbarer Zeit zu einer über die unmittelbare wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgehenden Verbindung zwischen den einzelnen Ländern der ASEAN kommen können ? Zumindest die Führung Singapurs wird hier ihre Zweifel haben. Mehr als alles andere muß der Stadtstaat nämlich den Neid seiner Nachbarn fürchten. Kann sich freilich - so möchte man fragen - das "Wirtschaftswunder" des Stadtstaates nicht auch bei den anderen Bündnispartnern wiederholen ? Die Frage ist wohl zu verneinen; denn der wirtschaftliche Erfolg Singapurs beruht vor allem auf fünf Pfeilern, die bei den Nachbarstaaten nicht vorhanden sind:

a. Der wichtigste Pfeiler vielleicht ist das kommerzielle und infrastrukturelle Erbe der britischen Kolonialherrschaft. Vom ersten Tag seiner Selbständigkeit an verfügte Singapur bereits über hervorragende Kommunikationsmöglichkeiten und über einen wohlentwickelten Hafen. Weitere wichtige Elemente waren ein ausgebildeter Beamtenapparat, eine reiche Tradition freien Unternehmertums, vielfältige Erfahrungen im Außenhandel und eine disziplinierte Bevölkerung.



b. Außerdem hatte der Stadtstaat das Glück, seit 1959 unter der Führung der äußerst effektiven PAP zu stehen, die sozialistische Ansätze (Planwirtschaft, Wohnbauprojekte, Erziehungspolitik) mit harten, wohldosierten "Law and Order"-Zugriffen zu verbinden wußte und die außerdem aufgrund ihrer Commonwealth-Tradition in kosmopolitischen Dimensionen nicht nur zu denken verstand, sondern von ihren Beziehungen nach Übersee auch ausgiebig Gebrauch machte.

c. Auch konnte der Stadtstaat, wenn man von den Jahren der Konfrontasi-Politik sowie der Emergency absieht, in einem verhältnismäßig ruhigen außenpolitischen Klima heranreifen. Selbst der Indochinakrieg hat dem Stadtstaat nicht etwa geschadet, sondern ihm im Gegenteil - von der Auftragslage her gesehen - sogar genützt.

d. Als wichtiger Motor wirtschaftlichen Wachstums begannen sich zunehmend auch ausländische Privatinvestitionen zu erweisen, die seit Jahren dazu führten, daß trotz der permanent passiven Handelsbilanz die Zahlungsbilanz stets mit einem beachtlichen Aktivsaldo abzuschließen pflegte. Singapur konnte hier, wie kein anderer südostasiatischer Staat, erfahren, daß "demjenigen gegeben wird, der hat";

e. Besonders wichtig für den weiteren Wachstumsprozeß dürfte ferner die Tatsache sein, daß Singapur nicht vom Fieber jener "drei großen Widersprüche" geschüttelt wird, das andere Entwicklungsgesellschaften Asiens schon vor Jahren erfaßt hat: Weder gibt es den Widerspruch zwischen Stadt und Land (noch nicht einmal 1 % aller Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig), noch den sonst weit aufgerissenen Graben zwischen Industrie und Landwirtschaft (bäuerliche Denkweisen, die sich der Industrialisierung entgegenstellen, sind der überwiegenden Bevölkerung Singapurs fremd), noch die Kluft zwischen körperlicher und geistiger Arbeit (1969 waren 35 % aller Beschäftigten Singapurs im sekundären und 60 % im tertiären Sektor tätig. Auch ist das Bildungsgefälle nicht so steil wie in den Anrainerstaaten).

## II. Singapur - China

Geht man von der Nationwerdung Singapurs aus, so ist die VRCh zehn Jahre zu früh zu einem machtvollen Wirkungsfaktor im internationalen System geworden. Da die Situation aber nun einmal soweit geraten ist, muß es dem Stadtstaat, der ja zu keinem "dritten China" werden will, darauf ankommen, China solange wie möglich auf Distanz zu halten, ohne gleichzeitig in den Fehler einer Vogel Strauß-Politik zu verfallen.

Singapur befindet sich hier in einer ähnlichen Situation wie die BRD, die ja wegen des Problems der deutschen Teilung die China-Frage ebenfalls lange Zeit vor sich hergeschoben hat.

Genau so wie die BRD trieb Singapur deshalb intensiven Handel sowohl mit Peking als auch mit Taipei, ohne sich aber diplomatisch auf einen von beiden festzulegen. Seit Singapur im Jahre 1965 Mitglied der UNO geworden war, trat es freilich stets konsequent für eine Aufnahme der VRCh in die Weltorganisation ein, wobei es dafür plädierte, daß Taiwan nach Aufnahme der VRCh als selbständiger Staat ebenfalls UN-Mitglied werden solle (63).

Nachdem China in der Zwischenzeit nicht nur in die UNO eingetreten, sondern auch allgemein als Großmacht akzeptiert worden ist, wird es mit zu den delikatesten Aufgaben der Regierung Lee Kuan Yew gehören, die Beziehungen zu Peking zu verbessern, ohne gleichzeitig dem Chauvinismus der Bürger Nahrung zu geben.

Wie aber steht es mit der Haltung Pekings gegenüber der Inselrepublik? Obwohl die chinesische Regierung zu dieser Frage bisher nur wenige Bekundungen abgegeben, ja: bis vor kurzem nicht einmal ein kohärentes Konzept besessen hat, ist doch kaum zu verkennen, daß Singapur von Peking immer schon in engem Zusammenhang mit der malaiischen Frage betrachtet wurde. Insofern auch läßt sich die Politik der VRCh gegenüber dem Stadtstaat ebenso wie gegenüber Malaysia, in zwei Phasen einteilen, deren Zäsur im Jahre 1971 liegt.

### 1. Phase I (bis 1971)

Malaya (später Malaysia) und Indonesien haben zwar stets befürchtet, daß Singapur von Peking aus nicht als eigener Staat, sondern lediglich als eine Art China-Anhängsel betrachtet würde. Doch geht eine solche, vom allgemeinen antichinesischen Mißtrauen genährte Auffassung an den Tatsachen vorbei. Seit der Gründung der "Nanyang-Partei" sowie später der "Malayan Communist Party" (Näheres dazu C.a. Juni 1973, S. 278 ff.) galt die KPM aus der Sicht Chinas als die auch für Singapur "zuständige" Partei. Die VRCh, die sich in allen wichtigen Aktionen hinter die KPM stellte, betrachtete deshalb die malaiische Halbinsel und den Stadtstaat stets als eine revolutionäre Einheit. Dies wurde besonders deutlich, als die JMJP am 4.6.1959 einen Kommentar zum Beginn der innenpolitischen Selbstherrschaft Singapurs (seit dem 3.6.1959) abgab. Dieses Ereignis sei das Resultat eines langandauernden Kampfes der Völker von Singapur und Malaya gegen die britische Kolonialherrschaft. Es sei im übrigen bezeichnend, daß Großbritannien gegen den Zusammenschluß von Singapur und Malaya auf trete. "Wie allgemein bekannt, bilden Singapur und Malaya eine untrennbare geographische und geschichtliche Einheit. Seit dem Zweiten Weltkrieg sind sie jedoch künstlich getrennt worden, und zwar nach dem Grundsatz des "Teile und herrsche!" Die Sehnsucht der Völker von Singapur und Malaya nach vollständiger Unabhängigkeit ist jedoch unwiderstehlich".

Wegen der engen Verbundenheit Singapurs und Malaysias kann ferner auf die Haltung Chinas gegenüber Kuala Lumpur verwiesen werden (dazu C.a. Juni 1973 S.294 f.). Der in diesem Kontext abgegebene Kommentar erfolgte bemerkenswerterweise im Zeichen der Wahlen, mit denen die PAP 1959 ihren Höhenflug einleitete. Die Partei trug damals noch einen extrem linken Anstrich, und so war es kein Wunder, daß nicht nur in Südostasien, sondern auch in Peking der Eindruck aufkam, der Stadtstaat entwickle sich zu einer Art Cuba Südostasiens. Dieser Eindruck schien durch eine der ersten Amtshandlungen Lee Kuan Yews bestätigt, der auf Freilassung einiger seiner alten, ins



Gefängnis geworfenen Mitkämpfer vom linken Flügel bestand. Auch schien der durch solche Maßnahmen gestärkte linke Flügel zunächst einen guten Start zu haben. Als seine Aktivitäten dann jedoch ausgerechnet durch die Lee Kuan Yew-Gruppe immer stärker gebremst wurden, blieb ihm nichts anderes übrig, als sich - in einem emanzipatorischen Akt - von der Mutterpartei abzuspalten und im Juli 1961 die "Barisan Sosialis" zu gründen.

In den folgenden Jahren war Chinas Politik gegenüber Singapur ganz vom "Anti-Malaysia-Kurs" geprägt. Peking hat, wie bereits im Zusammenhang mit Malaysia ausgeführt wurde, entschieden gegen die Gründung der Föderation, vor allem auch gegen die Aufnahme Singapurs, plädiert. Nicht ohne Genugtuung nahm es deshalb 1965 den Austritt des Stadtstaates zur Kenntnis. Hsinhua gab dazu folgenden Kommentar ab:

"Seit Beginn der Gründung von 'Malaysia' durch Großbritannien im September 1963 stand die Rahman-Gruppe zu Singapur in einem Verhältnis politischer und wirtschaftlicher Spannungen. Während man Singapur in politischen Dingen kaum mitreden lassen wollte, suchte man es andererseits finanziell zur Ader zu lassen. Singapurs Sitze im Bundesparlament standen in keinem Verhältnis zu seinem Bevölkerungsanteil. Während des malaiischen Wahlkampfes im letzten Jahr fand Singapurs herrschende PAP in der Rahman-Gruppe einen unerbittlichen Gegner. Die Anhänger Rahmans wollten in Singapur Rassenstreitigkeiten vom Zaun brechen, und einige von ihnen haben vor kurzem sogar damit gedroht, Premierminister Lee Kuan Yew und andere Führer Singapurs festzunehmen ..... Immer wieder auch hat die Rahman-Gruppe sich in die Angelegenheiten Singapurs eingemischt und damit gegen Abmachungen verstoßen, die früher mit den Behörden Singapurs getroffen worden waren" (64).

Peking wußte es dem Singapur-Regime ferner hoch anzurechnen, daß es sich seit dem Austritt aus der Föderation entschieden von malaiischen Plänen distanziert hatte, die darauf abzielten, die Filiale der "Bank of China" in Singapur zu schließen (65). Dieser wohlwollenden Haltung gegenüber Singapur kommt insofern Bedeutung zu, als es sich hier ja immerhin um eine der ersten souveränen außenpolitischen Entscheidungen des Stadtstaates überhaupt handelte.

Singapur wollte angesichts dieser günstigen Situation das Eisen schmieden, solange es heiß war, und erklärte sich am 14. Oktober 1965 vor der UNO mit der Aufnahme der VRCh in die Weltorganisation einverstanden. China sei, wie der Delegierte Singapurs ausführte, eine Nation von immerhin 650 Millionen Menschen und gehöre überdies dem Atomclub an. Seine drohenden Äußerungen hingen wohl damit zusammen, daß es noch nicht der UNO angehörte und überhaupt außenpolitisch so isoliert sei. Gleichzeitig trat Singapur jedoch auch für das Selbstbestimmungsrecht Taiwans ein: "Falls Taiwan ein eigener Staat bleiben möchte, soll er in die UNO als Mitglied aufgenommen werden" (66).

Die Zeit der Hoffnungen war jedoch kurz bemessen.

Als nämlich im Jahre 1966 die Kulturrevolution in China ausbrach und sämtliche chinesischen Botschafter bis auf einen nach Peking zurückbeordert wurden, riß auch der dünne Faden ab, der inzwischen nach Singapur gezwirnt worden war. Dabei wären - vor allem im Anschluß an das Zerschlagen der Achse Djakarta - Peking - bessere Beziehungen zu Singapur auch für Peking von Vorteil gewesen.

So wenig sich China und Singapur auf politischem Gebiet kennen, so sehr verstanden sie es andererseits, sich wirtschaftlich zu arrangieren:

Wie die nachfolgende Statistik zeigt, hat der bilaterale Handel schon zwischen 1961 und 1965 keine geringe Rolle gespielt (67).

Jahr	Einfuhr (in Mio. US-\$)	Ausfuhr
1961	129,8	11,5
1962	156,2	2,3
1963	211,7	16,3
1964	196,5	1,0
1965	224,5	22,4

Das Volumen hat sich während der Kulturrevolution etwas verringert, ist aber seitdem wieder gestiegen:

1967	124,7	31,2
1968	150,3	26,5
1969	136,7	57,1 (68)

Abgesehen vom direkten Handel spielte Singapur für Peking aber auch eine wichtige Verteilerrolle in Südostasien, und dies, obwohl die Nachbarländer immer wieder bemüht waren, den Stadtstaat als Drehscheibe so weit wie möglich auszuschalten. Von den aus der VRCh bezogenen Waren wurden teilweise bis zu 70 % reexportiert, vor allem nach Indonesien und Malaysia. Singapurs China-Handel ist bisher ausschließlich über private Kanäle gelaufen. Seit es 1971 zum Abschluß eines halbamtlichen Handelsabkommens zwischen Peking und Kuala Lumpur kam (dazu Näheres Malaysia, C.a. Juni 1973 S.296 f.), wurde die Zwischenstation Singapur freilich z.T. trockengelegt. Dasselbe Schicksal könnte der Stadtstaat in weiterer Zukunft erleiden, falls es einmal zu einer Besserung der chinesisch-indonesischen Beziehungen kommen sollte. Auch unter handelspolitischen Perspektiven kann Singapur also nicht an einer allzu schnellen Verbesserung des Verhältnisses zwischen China und den ASEAN-Staaten interessiert sein. Freilich ist es nicht unvorstellbar, daß Peking eines Tages Singapur als Verteilungs- und Dienstleistungszentrum Südostasiens anerkennt und daraus die praktischen Konsequenzen zieht.

## 2. Phase II (seit 1971)

Ähnlich wie im Falle Malaysias begann sich mit dem Jahre 1971 auch die Position Singapurs gegenüber der VRCh merklich zu ändern. Drei Ereignisse sorgten dafür, daß dieser Wandlungsprozeß einen kräftigen Akzent bekam, nämlich

- die Entsendung einer halbamtlichen Delegation nach Peking,
- ferner die Entfesselung der weltweit bekanntgewordenen



Pressefehde, die sich vor dem Hintergrund der China-Problematik entfaltete,  
- und schließlich die antisowjetisch eingefärbte Stellungnahme der VRCh zur politischen und rechtlichen Lage in der Malakka-Straße.

#### a. Delegationsbewegungen:

Ebenso wie für Malaysia sollte auch für Singapur das Jahr 1971 eine halboffizielle Annäherung an die VRCh bringen. Vom 15. bis 31. Oktober 1971 nämlich besuchte eine 18 köpfige Delegation der Chinesischen Handelskammer von Singapur die VRCh, um dort Möglichkeiten für eine Erweiterung der gegenseitigen Beziehungen zu prüfen. Die Delegation wurde von keinem Geringeren als dem Stellvertretenden Premierminister Li Hsien-nien empfangen (69). Bei einem Diner zu Ehren der Delegation sprach der Vorsitzende des Chinesischen Rates für die Förderung des Internationalen Handels, Wang Wen-lin, die Hoffnung aus, daß der Handel und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Singapur in Zukunft intensiviert würden.

Der Leiter der Delegation bat die chinesischen Behörden, dem Stadtstaat bei seinem Kampf gegen die Far Eastern Freight Conference (FEFC) um höhere Frachtquoten zu helfen (70). Bereits im Februar 1972 liefen daraufhin drei chinesische Seefrachter Singapur mit einem ausgesprochen politischen Auftrag an. Folgender Tatbestand war gegeben:

Die FEFC, die 42 Reedereien aus 12 Ländern umfaßt, hatte bis dahin über 70 % des gesamten Ladevolumens von Singapur nach Europa befördert. Die staatliche Reederei Singapurs fühlte sich bei der Verteilung der Frachtquoten, die nach der Dauer der Zugehörigkeit zur FEFC bemessen wurden, benachteiligt. Als verhältnismäßig junges Mitglied durfte Singapur nur 22 % seiner Exportgüter und 16 % seiner Importgüter selbst verfrachten, und auch dies nur nach London und Liverpool. Diese Restriktionen standen im Widerspruch zur Regelung der UNO, nach der jeder Mitgliedstaat einer Reedereivereinigung je 40 % seiner eigenen Importe und Exporte befördern darf. Hinzu kam, daß die FEFC ihre ohnehin schon 20 % über dem Weltmarktniveau liegenden Frachtraten im Februar 1972 gerade wieder um 15 % erhöht hatte, wodurch Waren aus Singapur preislich stark belastet wurden.

Unter diesen Umständen forderte Singapur von China Hilfe an, die umgehend in Form der oben erwähnten Seefrachter gewährt wurde, wobei die chinesische "Troika" um 35 % verbilligte Frachtraten verlangte. Diese Hilfe war zwar nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, doch hatte China hiermit immerhin seine grundsätzliche Unterstützung der antimonopolistischen Haltung Singapurs deutlich gemacht. (71). Es sollte in diesem Zusammenhang übrigens nicht unerwähnt bleiben, daß Singapur vorher einige Zeit hindurch die Russen als Monopolbrecher vor seinen Wagen gespannt hatte (72). Chinas Schachzug war also durch Überlegungen bestimmt, die mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen Singapurs nur indirekt zu tun hatten.

Vom 29. Dezember 1971 bis zum 10. Januar 1972

besuchte dann abermals eine aus drei Mitgliedern bestehende Delegation der Handelskammer die VRCh, um weitere Fragen des gegenseitigen Schiffsverkehrs zu besprechen.

China hat mit Singapur überdies auch "Tanz-" und "Ping-Pong-" Diplomatie getrieben. Die mit Hong Kong-Paß reisende "Silver Star - Tanztruppe" feierte im Stadtstaat ähnliche Triumphe wie in Malaysia. Außerdem nahm Singapur mit einer Delegation an der Gründung der Asiatischen Tischtennis-Union in Peking teil (4.-7. Mai 1972) (73). Während freilich Länder wie Thailand diese Begegnung politisch "ausschlachteten" (74), hat Singapur sichtlich Zurückhaltung geübt.

#### b. Singapurs Pressefehde vor dem Hintergrund der Chinaproblematik:

Welchen Sog das Faszinosum China auf Singapur auszuüben vermag, hat nicht zuletzt auch die weltweit bekanntgewordene Pressefehde vom Mai 1971 deutlich gemacht. Lee Kuan Yew und die PAP erhoben damals gegen drei Zeitungen, nämlich eine chinesische und zwei englischsprachige, den Vorwurf, daß sie eine chauvinistische Politik verfolgten bzw. von chinesischen Kommunisten in Hong Kong finanziert würden.

Aufgrund des "Internal Security Act", der Festnahme ohne vorheriges Gerichtsurteil erlaubt, wurden vier Redakteure der weitverbreiteten chinesischsprachigen "Nan-yang Siang-pau" eingesperrt. Der Hauptvorwurf gegen das Blatt lautete, es habe über Gebühr dem chinesischen Kommunalismus das Wort geredet und dadurch den Rassenfrieden im Stadtstaat gefährdet. Am Verhalten und auch am Schicksal der Nan-yang Siang-pau wurde deutlich, wie schwierig die Existenz einer chinesischen Zeitung in einem Staat werden kann, der sich nicht als drittes China verstehen möchte, in dem aber auch noch kein echter Patriotismus für die neue Heimat Singapur existiert.

Berührten die Vorgänge um die Nan-yang Siang-pau mehr rassenmäßige und soziologische Aspekte des Kleinstaates, so war die Schließung der englischsprachigen "Eastern Sun" als Abwehrmaßnahme gegen einen sinokommunistischen Subversionsversuch gedacht. Die "Eastern Sun", die 1966 - im Jahr der beginnenden Kulturrevolution - gegründet worden war, wurde von der Regierung beschuldigt, wenigstens 4,5 Mio. Mark von "Agenten eines kommunistischen Geheimdienstes" in Hong Kong angenommen zu haben.

In die Schußlinie der PAP-Politik geriet auch der erst ein Jahr alte "Singapore Herald", der sich angesichts des Fehlens einer Opposition im staatlichen Parlament als "loyale Opposition" verstand und mit herber Kritik an den Maßnahmen der Regierung nicht sparte. Lee Kuan Yew wußte nachzuweisen, daß die tief in roten Zahlen stehende Zeitung 1,5 Mio. Singapur-Dollar erhalten hatte (manche Kritiker fragten, woher Lee über dieses von keinem



bestrittene Darlehen so genaue Kenntnisse habe). Deshalb seine Frage: "Wenn Sie uns Gründe nennen können, weshalb Ausländer in einer nicht gewinnbringenden Zeitung Singapurs so hohe Summen investieren, so wäre meine Regierung sehr dankbar." Da der 'Singapore Herald' hierauf keine befriedigende Antwort zu geben wußte, wurde er verboten.

Obwohl im Zusammenhang mit dieser ganzen Presseaffäre die Vokabel "Volksrepublik China" nie fiel, wußte doch jedermann, worum es bei der Konfrontation von Regierung und Presse eigentlich ging. Mit dem "black operations"-Vorwurf waren letzten Endes das "rote Hong Kong" und die VRCh gemeint. Damit aber war ein Zusammenhang gegeben, der aus Regierungssicht an die Fundamente der Inselrepublik rührt. Das wichtigste Ziel der PAP-Regierung ist es ja, eine "Nation Singapur" zu schaffen, die den Grundsätzen der Vielrassigkeit, der Vielsprachigkeit und des religiösen Pluralismus verpflichtet ist.

- Auf der Insel leben rd. 300 000 Malayen und 220 000 Inder, Pakistani und einige Europäer. Die übrigen 2 Millionen Einwohner sind Chinesen. Aus der Sicht der Regierung von Singapur sind diese verschiedenen Rassen so miteinander zu verschmelzen, daß es nicht zu ähnlichen Zusammenstößen wie 1969 in Malaysia kommen kann.

- Der singapurische Nationalismus ist außerdem gekennzeichnet durch seine Vielsprachigkeit. Vier Idiome sind offiziell anerkannt, nämlich Chinesisch, Malaiisch, Tamil und Englisch, wobei das letztere als Amtssprache fungiert. Ein chinesischer Chauvinismus, der einseitig chinesische Sprache und chinesisches Kulturgut gefördert wissen will und damit eine ähnlich gefährliche Einspur-Politik befürwortet wie das benachbarte Malaysia mit umgekehrtem Vorzeichen (zum malaiischen Nationalismus vgl. C.a. Juni 1973 S.272 ff.), stellt die Grundlagen der herrschenden Staatsideologie in Frage.

Der Rassenfriede ist also alles in allem die fragile Grundlage, die dauernd neu gesichert werden muß, wenn Singapur seine eigene Identität gewinnen und nicht zu einem von den malaiischen Nachbarn mit Mißtrauen betrachteten "dritten China" werden will. Die Regierung Lee Kuan Yew hat inzwischen einsehen müssen, daß die VRCh 20 Jahre zu früh gekommen ist. Singapur hätte wenigstens eine Generation gebraucht, um seine Bürger zu wirklichen "Singapuren" zu erziehen, die ihre wahre Heimat nicht mehr auf dem chinesischen Festland suchen. Vier Aufgaben hätten dabei gelöst werden müssen, nämlich

- die Harmonie zwischen den Rassen
- die Verklammerung chinesischer und englischer Elemente zu einer neuen "Singapurer" Kultur
- die Anbringung einer Schutzimpfung gegen potentielle China-Nostalgie und
- die Beschwichtigung der malaiischen Nachbarstaaten.

Die Voraussetzungen für einen Reifeprozess, in dem diese vier Ziele hätten Wirklichkeit werden können, waren - vom innenpolitischen Klima her gesehen - nicht schlecht. Vor allem die großen Sozialleistun-

gen, die gute Zahlungsbilanz und das hohe Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung des Stadtstaates schienen eine ideale Ausgangsbasis abzugeben, doch scheint die Verwirklichung dieser Ziele inzwischen nicht mehr so sicher wie noch vor einigen Jahren. Der chinesische Chauvinismus wird vor allem von vier gesellschaftlichen Kräften getragen:

- von chinesischen Nationalisten, die auf eine Sinisierung der polyethnisch ausgerichteten Gesellschaftspolitik hinarbeiten,
- von militanten Linkskräften, die sich an der VRCh orientieren,
- von chinesischen Kapitalisten, die aus Geschäftsgründen stärker mit der VRCh zusammenarbeiten wollen und
- von unzufriedenen Elementen, die mit der eisernen Disziplin des Einparteienregimes nicht zufrieden sind und nach Alternativen suchen.

Das gefährlichste, der polyethnischen Konzeption des "Singapurismus" entgegenarbeiten Phänomen aber ist im Aufkommen eines starken China zu sehen, das einladend die Arme ausbreitet und dadurch eine Attraktivität gewinnt, der sich nur wenige Chinesen der Inselrepublik entziehen können. Dieser "Appeal" wird in den nächsten Jahren vermutlich noch stärker werden.

Die Pressefehde von 1971 hat diesen komplexen Gesamtatbestand schlagartig erhellt. Singapur, das sich bis zu diesem Zeitpunkt einer vielleicht nur von Indien und den Philippinen übertroffenen Pressefreiheit rühmen konnte, wird sich in Zukunft keine mit China liebäugelnden Zeitungen mehr leisten können und wird andererseits darauf bedacht sein müssen, regierungsfreundliche Blätter wie die 'Straits Times' und die Tageszeitung 'New Nation' zu fördern. Dabei wird es wohl kaum ohne Dirigismus zugehen. Es ist vielleicht nicht übertrieben zu behaupten, daß das Problem der Pressefreiheit in Zukunft zu einer Art Offenbarungseid für das politische System Singapurs wird. Ausgelöst aber wurde diese Herausforderung letzten Endes durch die VRCh und die von ihr ausgehende Faszination. Schließlich macht Peking schon heute in Singapur Politik, ohne in dieser Richtung auch nur einen Finger gekrümmt zu haben.

#### c. Chinas antisowjetische Politik in Fragen der Malakka-Straße

Ein Knäuel von Fragen, in das auch Singapur und die VRCh mit verwickelt sind, hat sich seit 1971 aus Streitigkeiten um die Malakka- und Singapur-Wasserstraßen entsponnen. Singapur ist hier direkt zwischen die sowjetisch-chinesischen Fronten geraten.

Hier der Tatbestand:

Schon im Februar 1960 hatte Indonesien seine Küstengewässer auf 12 sm ausgedehnt und diese Maßnahme mit Sicherheitserwägungen begründet. Malaysia folgte diesem Beispiel im Juli 1969. Im Oktober desselben Jahres beschlossen dann beide Staate im Zuge ihrer Sicherheitsüberlegungen, auch die Malakka- sowie die Singapur-Wasserstraße (fortan als "Straits of Malacca"



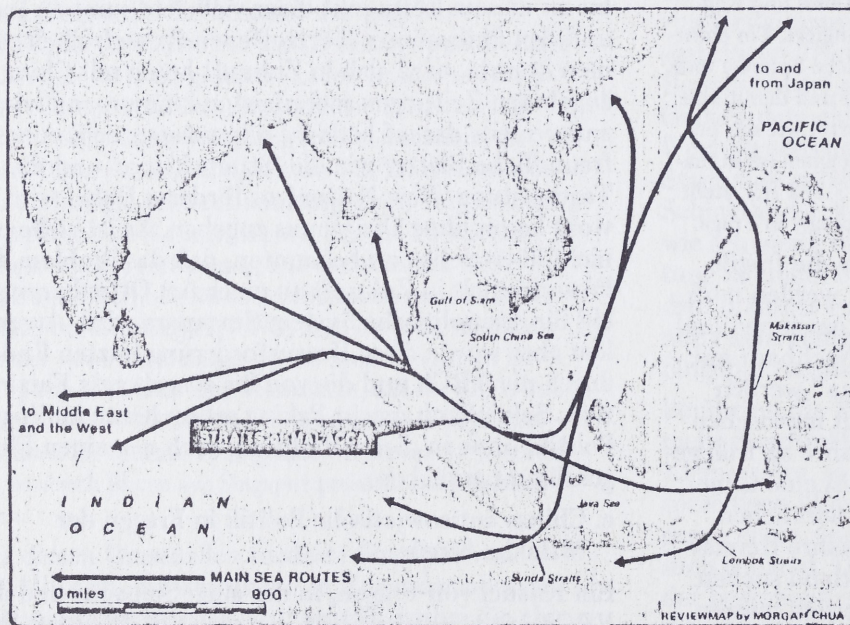
bezeichnet) untereinander aufzuteilen und den bisher als international geltenden Seeweg damit zu nationalisieren. Ein Abkommen über die Abgrenzung der Küstengewässer in den Straits of Malacca wurde im März 1970 anlässlich eines Besuches von Präsident Suharto in Malaysia unterzeichnet. Mit diesem Schritt hatten beide Staaten den Wunsch nach Autonomie im Archipel deutlich gemacht. (Schon im Februar 1960 hatte Indonesien ja sein Wawasan Nusantara (wörtlich "Archipel-Prinzip") verkündet). Zugleich brachten Malaysia und Indonesien damit ihr Postulat zum Ausdruck, daß es in Südostasien kein Machtvakuum gebe und daß man nicht geneigt sei, sich den Interessen außerregionaler Mächte zu beugen.

Am 16.11.1971 kam es schließlich zu einer Drei-Staaten-Erklärung, an der auch Singapur teilnahm und in der zwei getrennte Fragenkomplexe angesprochen wurden, nämlich erstens die Sicherheit der Straits of Malacca, für die die Küstenstaaten verantwortlich seien, und zweitens die Frage der Internationalisierung der Wasserstraßen. Singapur brachte in der Erklärung zum Ausdruck, daß es von der Position der indonesischen und malaysischen Regierung über die Internationalisierung "lediglich Kenntnis nehme".

In einer sich anschließenden Parlamentsitzung in Singapur erklärte Außenminister Rajaratnam, daß

die Regierung des Stadtstaates zwar für dreiseitige Regelungen zur Sicherung der Schifffahrt und zum Kampf gegen die Verschmutzung der Wasserwege eintrete, daß es aber andererseits auf freie Durchfahrt aller Schiffe sämtlicher Staaten poche. Restriktionen größeren Umfangs führten lediglich zu Reibungen, zu neuen Ansätzen des Kalten Krieges und zu einer Beeinträchtigung der ohnehin delikaten Stellung Singapurs, das zwischen Malaysia und Indonesien eingezwängt sei (75). Die Inselrepublik, die ja Rückenfreiheit nach allen Seiten hin haben möchte, ist von jeher dafür eingetreten, daß die Straße von Malakka (Arterie vom Indischen zum Pazifischen Ozean) neben drei anderen "Nadelöhren" (Straße von Gibraltar und Suez-Kanal vom Atlantik über das Mittelmeer zum Indik und Panama-Kanal als Verbindung zwischen Atlantischem und Pazifischem Ozean) für den gesamten Welt-schiffahrtsverkehr so wichtig sei, daß jegliche Limitierung zu unabsehbaren Konsequenzen führen müsse.

Es war nicht schwer für Singapur, Rückendeckung für diese seine Auffassung zu erhalten. Vor allem zwei Länder erhoben gegen die Nationalisierungsansprüche Djakartas und Kuala Lumpurs Einspruch, nämlich Japan, das die Malakka-Straße als "Lebenslinie" betrachtet (rd. 90 % seiner Im- und Exporte laufen durch die Straits of Malacca) und die Sowjetunion, deren Botschafter in Japan, Oleg Trojanowski, am 3. März dem



Quelle: FEER, 14.5.73

damaligen japanischen Vizeaußenminister Haruki Mori die "offizielle Auffassung" der sowjetischen Regierung übermittelte, wonach die Malakka-Straße als "internationaler Wasserweg" zu gelten habe.

Peking stellt sich rückhaltlos hinter die Auffassung Indonesiens und Malaysias (76) und tat damit einen Schritt, der auf den ersten Blick umso erstaunlicher war, als Chinas Verhältnis zu Malaysia und Indonesien bisher alles andere als freundschaftlich gewesen war.

Von zwei Gesichtspunkten waren Pekings Überlegungen bestimmt:

a. Vor allem ging es darum, den Sowjets beim Aufbau ihrer "bogenförmigen Seeroute vom Schwarzen Meer bis zum Südchinesischen Meer" einen weiteren Stolperdraht in den Weg zu legen. Nach chinesischer Auffassung hat ja die sowjetische Führung ein "Erbe der alten Zaren" wiederaufgenommen, indem sie mit gradliniger Konsequenz die Absicht verfolgt, einen Seeweg vom Schwarzen Meer nach Wladiwostok zu erstellen, der durch das Mittelmeer, das Rote Meer, den Indischen Ozean



und den Westlichen Pazifik verlaufen und Europa, Asien und Afrika miteinander verklammern soll. Die Sowjetunion benutze hierbei wirtschaftliche und militärische Hilfe als Köder, um Länder wie Ägypten, Indien und Bangla Desh für Marinestützpunkte zugunsten der russischen Flotte zu gewinnen. Spionageschiffe, die als Schlepper oder ozeanographische Forschungsschiffe getarnt seien, hätten die Aufgabe, die verschiedenen Meere in sowjetische "Binnenseen" zu verwandeln (77). China will dieser Kanonenboot-Politik ein Ende bereiten, indem es - den bewährten Grundsätzen der 'Ver-einten-Front-Politik' folgend - die verschiedenen Anrainerstaaten zu Gegenmaßnahmen mobilisiert (die einzelnen Schritte, die hierbei vor allem im Jahre 1972 getan wurden, sind aufgeführt in C.a. April 72, S.10-12).

Auch die chinesische Malakka-Politik ist Teil dieser anti-sowjetischen Gesamtstrategie. Mit seiner Billigung der Nationalisierungspläne in den Malacca Straits könnte sich Peking freilich auf lange Sicht ins eigene Fleisch schneiden. Offensichtlich treten jedoch solche Gesichtspunkte gegenüber der aktuellen Anti-Moskau-Politik in den Hintergrund.

b. Das Problem der Straits of Malacca ist aber auch im Zusammenhang mit Pekings Bestrebungen zu sehen, ein neues Seevölkerrecht zu schaffen, das die bisherige Meereshegemonie der Supermächte ablöst. Im Frühjahr 1973 fand bereits ein vorbereitendes Treffen für eine dritte Seerechtskonferenz der UNO statt, bei der China seine Ansichten über ein wirklich neues mare gentium unterbreitete. Vor allem die vier bisherigen Genfer Konventionen (Territorialgewässer, offenes Meer, Fischfang, Kontinentalschelf) seien zu einer Zeit ausgearbeitet worden, da die Länder der Dritten Welt nicht genügend emanzipiert gewesen seien, um ihre eigenen Interessen voll durchzusetzen.

Nach der bisherigen Regelung wurden die Territorialgewässer mechanisch auf 12 sm festgesetzt. Wer eigentlich solle, fragte der chinesische Vertreter, die Grenzen der Territorialgewässer bestimmen: die beiden Supermächte oder aber die einzelnen Anliegerstaaten in Übereinstimmung mit den besonderen Bedingungen ihrer Länder ?

Auf den Genfer Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960 seien willkürlich 12 sm vorgeschrieben worden. Dabei habe man jedoch die geographischen, geologischen und meeresbiologischen Besonderheiten sowie die Erfordernisse einer rationellen Nutzung der Ressourcen in den Territorialgewässern keineswegs berücksichtigt. Als Entwicklungsland habe China volles Verständnis für die Länder der Dritten Welt, wenn sie ihre Territorialgewässer zum Teil bis auf 200 sm ausdehnten. Habe im übrigen nicht die Regierung der Sowjetunion am 21.3.1956 mit ihrem "Beschluss über den Schutz der Lachs- und Forellenvorräte im Fernen Osten und über die Regelung der Fangmenge" eindeutig eine ausgedehnte Kontrollzone festgelegt, deren weitester Punkt über 400 sm von der sowjetischen Küste entfernt liege ? (Hier ist die "Bulganan-Linie" gemeint, mit der vor allem japanische Fischer immer wieder in Konflikt kommen). Die Sowjetunion habe also das Recht zur Schaffung exklusiver Wirtschaftszonen, andere Länder dagegen sollten zurückstehen. Was sei das für eine Logik ? (Näheres mit Nachweisen C.a. Mai 73 - Ü36).

Mit seinem für die Freiheit der Durchfahrt durch die Straits of Malacca eintretenden Plädoyer gerät Singapur demnach mitten in die Schußlinie der Argumente Pekings. Auch hier wird der Stadtstaat letzten Endes vor dem Urteil der chinesischen Führung nur bestehen können, wenn er die Freiheit der Durchfahrt nicht als Vorwand für eine stärkere Präsenz sowjetischer Flottenverbände nimmt (78).

Die drei Ereignisse, die hier in extenso dargestellt wurden, lassen die erhebliche Relevanz des China-Problems in Singapur, aber auch das Interesse Pekings am Stadtstaat deutlich werden. Gleichwohl hat China bisher noch nicht zu erkennen gegeben, ob es mit Singapur offizielle Beziehungen aufzunehmen wünscht. Würde es den Inselstaat als selbständige politische Einheit anerkennen, so hätte dies zwei unmittelbare revolutionsstrategische Auswirkungen:

- Peking, das bisher stets die KPM als eigentlichen auf Malaya und Singapur einwirkenden Revolutionsmotor betrachtet hat, käme in Widerspruch zu seiner bisherigen Praxis, jedem Staat seine eigene kommunistische Bewegung zuzuschreiben. Hätte Singapur im Falle einer offiziellen Anerkennung des Stadtstaates keine eigene kommunistische Bewegung mehr ? Würde Peking dann auf die Linie der Barisan-Sozialisten einschwenken ?

- Auch die Linke Strategie müßte dann als Konzept für die Machtergreifung der Revolution in Singapur ausscheiden. Die "Einkreisung der Städte von den Dörfern her" wäre im Falle Singapurs ja nur denkbar, wenn der Stadtstaat bloßes Anhängsel Malayas wäre. Sieht man Singapur dagegen als selbständige politische Einheit an, so wäre jede "Einkreisung" von der malaiischen Halbinsel her nichts anderes als ein Angriffskrieg unter Verwendung von Guerillataktiken, keinesfalls aber mehr ein echter Volkskrieg, der ja von den Massen im eigenen Lande getragen sein muß !

Niemand wird leugnen können, daß die Einkreisungsstrategie in Singapur selbst so gut wie unmöglich ist. Sollte die Revolution also im Falle des Stadtstaates auf die "Gewehrläufe" überhaupt verzichten und den "legalen" Weg über das Parlament einschlagen ? In diesem Fall würde sie sich der höchsten Form des Klassenkampfes begeben, die Mao allen Revolutionären empfohlen hat. Oder sollte die revolutionäre Bewegung nun ganz auf die Stadtguerilla umschalten ? Auch dann freilich wäre der "chinesische Weg" bereits verlassen.

Peking befindet sich hier also in einer Art Zwickmühle. Erkennt es Singapur diplomatisch nicht an, so stellt es sich in Gegensatz zu den meisten Staaten der Dritten Welt, die diesen Schritt ja bereits vollzogen haben. Erkennt es die Inselrepublik dagegen an, entzieht es der revolutionären Bewegung in Singapur die Möglichkeiten für die Beschreitung des chinesischen Weges. Auch für das chinesische Revolutionsverständnis erweist sich Singapur damit als "giftige Garneele".

Weggel



- 1) Vgl. hierzu Lucian W. Pye, "The Aspects of Political Development", Boston 1966
- 2) Früher "Legislative Assembly Election", seit 1969 "Parliamentary Election"
- 3) Der "Haar-Erlaß", mit chinesischen Zeichen abgedruckt in "Der Spiegel" vom 17.7.72
- 4) Stephen H.K. Yeh, "Census of Malay Settlement Areas. Preliminary Report", Economic Research Centre, University of Singapore, 1968
- 5) Peng-Khaun Chong, ed., "Problems in Political Development: Singapore", Berkeley, Cal. 1968, S.37 f. (fortan: "Chong", Singapore)
- 6) Yue-man Yeung, "Singapore in Focus on South East Asia", ed. by Alice Taylor, New York, Washington 1972, S.177-183 (fortan "Yeung, Singapore").
- 7) Ebda., S.181
- 8) Vgl. hierzu Chan Heng Chee, "Nation-Building in South East Asia: The Singapore Case", Occasional Paper No.3 des "Institute of South East Asian Studies", Singapore, February 1971, S.7, mit Nachweisen (fortan zitiert als "Chan, Nation-building")
- 9) Ebda., S.7 mit Nachweisen
- 10) Ebda., S.3 mit Nachweisen
- 11) NZZ, 28.7.72
- 12) Chong, Singapore, aaO, S.81-90: enthält die ganze Rede, die Lee Kuan Yew am 9.10.66 bei einem Seminar über internationale Beziehungen an der Universität von Singapur gehalten hat
- 13) Yeung, Singapore, aaO, S.170
- 14) Victor Purcell, "The Chinese in South East Asia", New York/Toronto, Oxford University Press, 1951, S.337
- 15) Vgl. hierzu Justus N. van der Kroef, "Communism in Singapore and Malaysia", Asian Studies, Vol. IV, No.3, Dec 1966, S.549-571 (554); ders. "Nanyang University and the Dilemma of Overseas Chinese Education" in CQ Oct-Dec 1964, S.96-127; gegen die subversive Ausbildung an der Nanyang-University leitete Lee Kuan Yew eine Radikalkur ein, indem er seit Jahren etwa 1000-1500 Studenten jährlich an australischen Universitäten privat oder mit Hilfe eines Stipendiums studieren läßt. Diese Maßnahme hat in Australien ursprünglich Empörung ausgelöst, wurde aber schließlich doch als "clevere Gegenmaßnahme" vor allem von der australischen Rechte akzeptiert, FAZ 14.7.72
- 16) van der Kroef, "Communism in Singapore and Malaysia", ebda., S.554
- 17) Ebda., S.55
- 18) Thomas J. Bellows, "The Peoples Action Party of Singapore: Emergence of a Dominant Party System" Monograph Series No.14 - Yale University, South East Asia Studies, New Haven, Conn. 1970, S.76
- 19) Straits Times, 30.7.61
- 20) wörtlich abgedruckt bei Bellows, aaO, S.77, mit Nachweisen
- 21) Francis L. Starner, "Communism in Malaysia", abgedruckt in Robert A. Scalapino, ed., "The Communist Revolution in Asia, Tactics, Goals and Achievements", Englewood Cliffs, N.J. 1965, S.232
- 22) Nachweis bei Bellows, aaO, S.83
- 23) ebda., S.90
- 24) "Annual Reports of the Labour Department: 1962 and 1963". Cmd.13 of 1965, Singapore, Government Printing Office, S.113
- 25) Bellows, ebda., S.91 f.
- 26) ebda., S.93
- 27) van der Kroef, "Communism ...." aaO, S.559 f.
- 28) Bellows, aaO, S.94
- 29) Starner, aaO, S.233
- 30) Bellows, aaO, S.99 mit Nachweisen
- 31) Asian Almanac 1969, S.3600
- 32) Asian Almanac 1970, S.4192
- 33) Näheres dazu mit wörtlich abgedruckten Reden in Asian Almanac 1967, S.2556 ff.
- 34) Andrew Wilson in "The Observer". 30.4.67
- 35) CSM 3.3.71
- 36) Yeung, Singapore, aaO, S.170
- 37) Marvin L. Rogers, "Malaysia in Singapore", Asian Survey 1972, S.176
- 38) Stephen Chee, "Malaysia and Singapore: Separate Identities, Different Priorities", in Asian Survey 1973, S.158 f.
- 39) Straits Times 20.3.72
- 40) Chee, aaO, S.159
- 41) G.G. Thomson, "Formative Factors in Shaping Singapore's Foreign Policy", in: Singapore's International Relations, Singapore 1966, (Radio Talks, Series No.7), S.84 f.
- 42) Verschiedene Erklärungen Lees zur Vietnam-Frage, vgl. Asian Almanac, S.2557 ff.
- 43) FEER 23.4.73, S.12
- 44) Jahresbericht 1971/72 des Ostasiatischen Vereins e.V. Hamburg, Hamburg 1972, S.232
- 45) Das gemeinsame Communiqué ist abgedruckt in Asia Pacific Records, Vol.I, No.10, vom Januar 1971, S.27 f.
- 46) Näheres hierzu C.a. Febr.1973, Ü 21)
- 47) Dazu Robert O. Tilman, "Malaysia and Singapore: The Failure of a Federation", in Robert O. Tilman, ed. "Man, State and Society in Contemporary South East Asia", New York/Washington/London 1969, S.491-499
- 48) Graphik bei Tilman, aaO, S.497
- 49) R.S. Milne, "Singapore's Exist from Malaysia, the Consequences of Ambiguity", Asian Survey 1966, S.175-184 (175 f.)
- 50) Abgedruckt in Chan Heng-Chee, "Singapore, the Politics of Survival, 1965-1967", Singapur/Kuala Lumpur, Oxford University Press 1971, Appendix S.58 f.
- 51) FEER 7.8.71, S.29
- 52) Yüan-li Wu, "Planning Security for a Small Nation: Lessons from Singapore" in Pacific Community 1972, S.661-674 (664)
- 53) The International Institute for Strategic Studies, London, "The Military Balance, 1969-1970, and the Military Balance 1971-1972"
- 54) Asian Almanac 1972, S.5516
- 55) Näheres dazu FEER 28.5.73, S.47-51
- 56) Text des Verteidigungsabkommens zwischen Malaya und Großbritannien von 1957 und 1963 vgl. in A.G. Mezerik ed., "Malaysia - Indonesia Conflict", in International Review, Service, New York 1965, S.109 f. (Appendix H)
- 57) Times 18.12.63
- 58) London Financial Times 18.12.63
- 59) New York Times 15.12.63
- 60) Im einzelnen vgl. dazu Asian Almanac 1969, S.3110-3112
- 61) NZZ 5.11.72
- 62) In diesem Sinne der Außenminister Singapurs S. Rajaratnam in The Times 8.8.1972
- 63) Die Erklärung des Delegierten von Singapur vom 14.10.65 ist abgedruckt bei Peter Boyce, "Malaysia and Singapore in International Diplomacy", Sydney University Press 1968, S.149 f.
- 64) NCNA 10.8.65
- 65) PRe 1965, Nr.34, S.14
- 66) Boyce, aaO, S.149 f.
- 67) Ebda., S.154
- 68) FEER, Year Book 1971, S.141
- 69) SCMP Nr.5001, S.48; 5003 S.140 und 5005, S.102
- 70) Asian Almanac 1972, S.5032
- 71) FEER, 4.3.72
- 72) FEER 30.10.71, S.19
- 73) C.a. Mai 1972 - Ü34
- 74) C.a. August 1972 Ü 31; Sept.72-Ü29 und Feb.73-Ü30
- 75) Michael Leifer and Dolliver Nelson, "Conflict of Interest in the Straits of Malacca", in International Affairs April 1973, S.190-203 (194)
- 76) PRu 1972 Nr.11 S.20 f.
- 77) PRu 1972 Nr.3 S.16 f.
- 78) Ergänzend: George G. Thomson, "The Malacca Straits: Who Has the Last Word?" in Pacific Community 1972, S.675 ff. Zu Schwierigkeiten mit Japan bei der Interpretation von maritimen Vermessungsergebnissen vgl. FEER 14.5.73 S.43